

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 3. Juli 1930
12. Jahrgang, Nummer 151

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis: Einzelheft 48 Pf., 12 Hef. Monatslohn 50 Pf., monatl. 2,10 Mk., 30 Hef. Monatslohn 2,00 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Auch d. Post bezogen monatl. 2,60 Mk., unter Straßband 3 Mk. Einzelheftpreis: Die geschlossene Millimeterzeile ob. deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Versammlungsanzeigen 6 Pf. Kollamotyp: Die dreizehnhellige Millimeterzeile ob. deren Raum im Kopf 70 Pf., — Schluss d. Inseratenannahme für 5. Hauptbeilagen 3 Wk.; in d. Filialen am Tage vorher bis 12. 15 Uhr

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Landesredaktion: Breslau 10, Kreuzberg Str. 50, Tel. 500 88.
Polenredaktion: Breslau 54, W.-Ballen: Breslau, Kreuzberg Str. 50, Tel. 230 02. **Verlag:** der Redaktion von 12-18 Uhr. **Montags bis Freitag** von 17-18 Uhr. **Beilagenredaktionen:** **Polen:** Wetzlar, 26, Tel. 4088; **Doppel:** Wetzlar, 11, Tel. 1364; **Schlesien:** Rumb. 6, Tel. 2334. **Verlag:** 2-19 Uhr. **Verlag:** Hauptverlag Breslau, Verlagsort Breslau. — **Verlag:** Schief. Verlagsgesell., mb.H., Bresl. — **Druck:** „Pawag“, Fil. Breslau, Kreuzberg Str. 50

Die Lohnräuber auch in Oberschlesien am Werk

7,5 Prozent Lohnabbau in der Metallindustrie gefordert

Oleśnik, 1. Juli. Zwischen den Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerken und den reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbundgen haben vor einiger Zeit, wie jetzt bekannt wird, geheime Verhandlungen über einen generellen Lohnabbau stattgefunden. Gestern fand bei Gegenwärtigkeit, Oleśnik, eine Konferenz der Betriebsräte statt, in der vom Betriebsratsvorsitzenden bekannt gemacht wurde, daß die oben erwähnten Verhandlungen sich vorläufig erschlagen haben. Die Unternehmer fordern einen allgemeinen Lohnabbau um 7 1/2 Prozent. Die Verwaltung der BOG habe erklärt, daß sie nunmehr direkt mit den Betriebsräten verhandeln wolle.

Der Vorstoß der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke ist der Beginn einer allgemeinen Lohnabbauoffensive des Unternehmertums in Oberschlesien. Nach der Metallindustrie wird als nächstes der Bergbau folgen. Die Betriebsräte in den Betrieben der BOG müssen sofort zu dem geplanten Lohnabbau Stellung nehmen.

In jedem Betrieb muß ein vorbereitender Kampfausschuss gewählt werden. Sofort sind alle Vorbereitungen zum Streik zu treffen. Streik — das muß die Antwort der Arbeiter sein, wenn die Unternehmer es wagen sollten, die niedrigen Hungerlöhne noch weiter herabzusetzen.

Es gilt, nicht nur den Lohnabbau zu verhindern, sondern darüber hinaus auch den Kampf für Erhöhung der Löhne und der Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich zu führen. Der Bezirkskongress der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Oberschlesiens hat dem ober-schlesischen Proletariat den Weg und die Methoden des Kampfes gegen die Unternehmerrassensiege gezeigt; unter Führung der SPD. muß nun der Kampf organisiert werden. Die Reformisten und die christlichen Bunde haben den gleichen Verrat wie in Nordwest und Mansfeld. Sie haben bisher über den Vorstoß der BOG und die stattgefundenen Verhandlungen geschwiegen.

Über 50 000 im Streik!

Der Kampf in Nordwest hat begonnen

Essen, 1. Juli. Der Streik gegen den Lohnabbau hat heute unter der Führung der SPD. in zahlreichen Betrieben mit großem Eifer eingesetzt. Da auch im Düsseldorf-Gebiet eine Reihe von Betrieben die Arbeit niedergelegt haben, sind heute bereits 40 000 bis 50 000 Metallarbeiter an der Ruhr und am Rhein vom Streik erfaßt. Der Streik wird sich morgen ausbreiten. Der zentrale vorbereitende Kampfausschuss wird morgen früh ein neues Flugblatt an die Belegschaft richten, in dem er zur Ausdehnung des Streiks bei allen Nordwest-Metallbetrieben auffordert. Der erste Streiktag fand überall im Zeichen der Kühnen Führerrolle der SPD. Die A.G. Mühlheim beschloß für Mittwochmorgen den Streik. Zahlreiche Teilstreiks setzten am Dienstagmorgen ein. Bei Krupp freiten die Gießereien 5/9, Gießerei 3, Mathildenbau, Lokomotivbau und Drahtwalzwerk. Dienstag mittag freiten auch in der Abteilung Apparatebau die Schmelzer. Bei Krupp-Essen versuchten die Reformisten mit allen Mitteln, die Streikfront zu zerlegen und bis Ausbreitung des Streiks zu verhindern. Trotzdem wuchs von Stunde zu Stunde die Streikfront unter den Arbeitern der noch im Betriebe stehenden Abteilungen.

Vollständig freiten die Bergelius-Hütte in Duisburg und die Rheinwerft in Walsum. Im Bochumer Verein freiten die Formier. Der Kriegsbetrieb-Geschosbau ist von den kämpfenden Arbeitern stillgelegt. Bei Rippertbusch freiten vier entscheidende Abteilungen. Die Belegschaft von Bohl und Thülimann in Dortmund, Abteilungen bei H&S, Dortmund, die Schraubenfabrik Brune Kapesser in Essen freiten. Ständig laufen neue Streikmeldungen ein.

Auf der Rheinwerft in Walsum wurde die Polizei eingesetzt, um Streikbrecher in die Betriebe zu schaffen. Der Polizeipräsident von Duisburg und Gamborn, SPD-Meyer, hat den oppositionellen Betriebsratsvorsitzenden von der Bergelius-Hütte heute morgen verhaften lassen.

In Gelsenkirchen traten von der Bergwerks-A.G. über 100 Mann Belegschaft 80 Jugendliche in den Streik, bei Schanisch und bei der Union in Dortmund freiten die Mieterkungen. Die offene Streikbrüchigkeit der christlichen Gewerkschaftsführer und alle Zerplünderungsversuche der reformistischen Führer haben den Streik in Nordwest nicht verhindern können.

SPD. stimmt gegen Sieben-Stundentag

Einheitsfront von der SPD. bis zu den Nazis gegen Arbeiterforderungen

Berlin, 2. Juni. Gestern wurde im Reichstag die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums in Verbindung mit der Novelle zur Krankenversicherung fortgesetzt. Da die Nationalsozialisten trotz der kommunistischen Juruse sich weigerten, zum Arbeitssatz, zum Lohnabbau, zum Unterstüßungsraub an den Gewerkschaften sowie zum Abbau des Krankenunterstützungswesens Stellung zu nehmen, erfolgten die Abstimmungen, ohne daß die Haltung der Nationalsozialisten vorher bekannt war. In der Abstimmung zeigten dann die Nationalsozialisten ihr wahres Gesicht. Zuerst wurde abgelehnt über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald, den Minister des Lohnraubes und der Sozialreaktion. Die Abstimmung war namentlich und ergab die Ablehnung des Mißtrauensantrages mit 209 gegen 61 Stimmen bei 133 Stimmenthaltungen. Die Sozialdemokraten haben sich also der Stimme gegenüber dem schamhaften Bürgerblockminister enthalten, während die deutschnationalen ausdrücklich gegen das Mißtrauensvotum stimmten. Dann wurde abgelehnt über die kommunistische Entschliegung, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, die durchgeführten Betriebsstilllegungen rückgängig zu machen und weitere Betriebsstilllegungen zu verhindern. Dieser Antrag wurde in der Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten abgelehnt. Unter allgemeiner großer Spannung erfolgte nun die Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf die gesetzliche Festlegung des Siebenstundentages. Diese Forderung wird bekanntlich auch überall von den Sozialdemokraten und den reformistischen Gewerkschaftsbundgen erhoben. Der Sozialdemokrat Kuschner verlangte die Ausschlußüberweisung des kommunistischen Antrages, um so keine Fraktion vor einer offenen Stellung-

nahme zu veranlassen. Dreimal ließ L&be abstimmen und schließlich wurde im Sammelsprung festgestellt, daß für die Ausschlußüberweisung des kommunistischen Antrages keine Mehrheit da war, also mußte L&be wohl oder übel im Plenum abstimmen lassen. Für den Antrag auf die Einführung des Siebenstundentages zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit erhoben sich lediglich die Kommunisten. Die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten blieb flieg.

Die gleichen Parteien stimmten auch gegen den kommunistischen Antrag auf Streichung der Ausgaben für das Schlichtungswesen. Die Kommunisten hatten noch den Antrag eingebracht, die Regierung aufzufordern, die Verfügungen des thüringischen Innenministers Fried über die Mietenerhöhungen und die Aufhebung des Mieterschutzes sofort rückgängig zu machen. Bei der Abstimmung jedoch zeigte sich, daß alle kapitalistischen Parteien, von den Demokraten bis

SPD. Schlesien im Vormarsch Über 1000 neue Mitglieder in einem Monat

Breslau, 2. Juli. Im Monat Mai wurden im Bezirk Schlesien 1005 neue Mitglieder für die kommunistische Partei gewonnen. Darunter waren 76 SPD.-Arbeiter, die ihren Uebertritt vollzogen haben. Im gleichen Monat wurden 13 neue Ortsgruppen geschaffen.

zu den deutschnationalen, sich schüßend vor Fried und seine mieterfeindlichen Gesetze stellen.

Die Sozialdemokraten glänzten auch mit einem besonderen Antrag. Diese Partei, die während ihrer Regierungszeit die Forderung der Forderung abgebaut hatte, beantragte nun plötzlich die Einführung von 4 Millionen für Forderung. Sie konnte diesen Antrag nur so durchgesetzt stellen, weil sie schon vorher ausgerechnet hatten, daß doch keine Mehrheit dafür vorhanden war, denn alle bürgerlichen Parteien stimmten dagegen.

Der kommunistische Gesandtenrat zur Arbeitsbeschaffung, wie der Wiffel-Steinwaldsche Abbauentwurf zum Krankenversicherungswesen wurden den Ausschüssen überwiesen.

Die „Befreiung“

Die fremden Besatzungstruppen haben die dritte Rheinlandzone verlassen. Damit ist die völlige Räumung des ehemals besetzten Gebietes vollzogen. Mit Böllerschüssen und Höhenfeuern, mit Rauchraketen und Glockengeläute, mit festlichen Reden und Aufzügen feierte die deutsche Bourgeoisie dieses „epochale“ Ereignis. „Das Rheinland ist frei.“ — Das ist der Schrei, der in diesen Tagen in der bürgerlichen Presse alle anderen Fragen, Schicksalsfragen des deutschen werktätigen Volkes, überdröhnt.

Wie sieht die „Freiheit“ aus, die der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung des „befreiten“ Rheinlandes, den arbeitenden Massen, besichert wird? — Heute nachmittag 6 Uhr marschierte die Schuppschicht über die Rheinbrücke in Mainz ein. Nach dem Abgang der ersten Hundertschaft Schups wurde in Wiesbaden die schwarzrotgoldene Fahne gehißt. — So berichtet die bürgerliche Presse mit trübem Wohlbehagen. — Die französische Sozialdemokratie hat durch Schups an der Spitze der Besatzungstruppen die

Telegramm der B.L. Schlesien an 16. Parteitag der K.P.S.U.

Die Bezirksleitung der kommunistischen Partei Deutschlands (Bezirk Schlesien) sandte an den Parteitag der Volkshewitt folgendes Telegramm:

senden brüderliche kampfrüsse.
geloben verteidigung der sowjetunion mit allen mitteln stopp
bezirksleitung der kpd schlesien

perialismus wird das schwarzrotgoldene Banner der Young-Skaverei gehißt.

Die Marxeilaise, einst als der siegestrunzene Gegang der bürgerlichen Revolution von den rheinischen Volksmassen leidenschaftlich begrüßt, jetzt als „Nationalhymne“ der imperialistischen Fremdherrschaft verhaßt — verstummt vor dem deutschnationalen, dem imperialistischen Haß und Hergelag der deutschen Fronddogge von Gnaden des Weltimperialismus. Die hellen propagatorischen Klänge der französischen Clairon werden abgelöst durch den pfeifenden Hieb der Gummiknüppel und dem dumpfen Knall der Karabiner.

Das gleiche widerliche Spiel vollzog sich im Jahre 1922, als die französischen, englischen und italienischen Besatzungstruppen nach den polnischen Aufständen Oberschlesien verließen; als Oberschlesien „von den Feinden befreit“ worden war und die preussischen Polizeitruppen ins „befreite“ Gebiet einzogen. Der ganze Befreiungstrummel verfloß wie ein Spul. Die ober-schlesische Bevölkerung bekam die Peitsche der Ausbeutung und Unterdrückung durch die deutschen „Befreier“ bald zu spüren; sie hat daraus die Lehre ziehen können, daß die deutschen „Befreier“ kein Jota besser sind als die „französischen, englischen und italienischen Unterdrücker“. Wer stand in der damaligen Zeit bei nationalsozialistischen Befreiungstrummeln auf Seiten der ausgebeuteten Klasse? Wer kämpfte vor, während und nach der Besatzungszeit in Oberschlesien gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die kapitalistische Meute? Es war die kommunistische Partei, die die Werktätigen in Stadt und Land unter der Fahne des revolutionären Internationalismus sammelte, die diesen Kampf organisierte und durchführte.

Die ober-schlesischen Kampels weisen mit aller Schärfe diese Neuauflage der „Befreiung vom feindlichen Joch“ zurück; ihre Aufgabe ist der härtere Ausbau des deutsch-polnischen und tschechischen Kampfbündnisses zur Verteidigung des einzigen Vaterlandes aller Arbeiter, der Sowjetunion! Die Arbeiterschaft des deutsch- und polnisch-schlesischen Industriegebietes muß am 27. Juli auf dem deutsch-polnischen Arbeiter-Grenztreffen in Weichen durch Massenbeteiligung die internationale Kampfgemeinschaft vordemonstrieren.

Die Lohnklaverei bleibt, der Hunger bleibt, die Erwerbslosigkeit bleibt. „Frei“ von unmittelbarer ausländischer Bevormundung werden die deutschen Kapitalisten um so brutaler, um so rücksichtsloser die Hungerpeitsche schwingen. „Frei“ von dem Joch der fremden Besatzung wird das deutsche Kapital um so energischer seine reaktionäre Politik im „befreiten“ Rheinland durchzuführen.

„NSDAP. droht Ruin von innen heraus“

Stürmische Generalmitgliederversammlung der Berliner Nationalsozialisten „Diktator“ Goebbels will energisch säubern — 30 Mitglieder verlassen ostentativ die Versammlung — Hitler deckt Goebbels

Berlin, 1. Juli. (Eig. Bericht.)

Montag abend fand in der „Neuen Welt“, Parteizentrale, die Generalmitgliederversammlung der NSDAP statt, um zu den Ausschüssen Stellung zu nehmen. In der Versammlung kam es zu heftigen Zwischenfällen zwischen der Goebbels-Führung und der Opposition. Eine Reihe Oppositioneller, unter ihnen Otto Straßer, Major Wucherer, Korn und andere, wurden schließlich durch SA-Mitglieder aus dem Saale geschleift, nachdem der Sangeschäftsführer Wille sie am Reden verhindert und aus dem Saale gewiesen hatte. Kein Oppositioneller kam zu Wort. Trotz einer wilden Brandrede Goebbels melbten sich drei Nationalsozialisten, die gegen Goebbels waren, und mit ihnen verließen etwa dreißig Mann ostentativ den Saal. Eine Reihe neuer Ausschüsse wurde von Goebbels einfach verfügt. So bot diese Versammlung das Bild der wachsenden Zerschlagung der NSDAP, der Goebbels durch Niederknüpfung der Opposition bezukommen verfuhr.

Der größte Teil des „Rechnenschaftsberichts“, den Goebbels gab, war eine Lobhudelei über sich selbst und seinen Opfertum. Ganz im Stille seiner Ausschneidereien im Hindenburg-Prozess renommierte er, er habe den „Angriff“ gegründet, indem er sein Privatauto opferte, er schreibe unentgeltlich für den „Angriff“ usw.

Hitler verbietet Berliner Naziblatt

Ueber die Spaltungen innerhalb der NSDAP, erklärte er, daß der Partei „nun von innen heraus der Ruin drohe. Einige größtenteils sinnlose Literaten versuchen, die Partei zu zerschlagen“.

Ueber die Herausgabe einer nationalsozialistischen Tageszeitung, mit der die Mitglieder der NSDAP, monatlang gequält worden waren und Geld opfereten, führte Goebbels aus: „Im November 1929 entstand eine Diskussion mit Hitler, der den Standpunkt vertrat, den „Völkischen Beobachter“ zur Tageszeitung für Deutschland auszubauen. Er, Goebbels, sei der Ansicht gewesen, daß der „Vö.“ wegen seines bayerischen Charakters nicht für das ganze Reich geeignet sei.“

Man einigte sich (?) dann auf Hitlers Befehl doch auf die Berliner Ausgabe des „Vö.“. 34.000 Mark liegen jetzt auf dem Berliner Gau für eine Zeitung da. (Nur verbietet Hitler deren Erscheinen. Die Red.)

Die größtenteils sinnlosen Literaten machten nun ihr Konkurrenzblatt auf. (Straßer-Blättchen). Drei von ihnen habe er bereits herausgeworfen, sechs weitere folgen noch.

Hitler-Botschaft: „Opposition mit Stumpf und Stiel austrotzen!“

Der Abgesandte Hitlers verliest nun feierlich das Schreiben des Oberhäuptlings, in dem er Goebbels den Dank des Vaterlandes ausdrückt und ihn ermahnt, auf der Linie zu bleiben. Der innere Feind der Partei müsse mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden.

Goebbels greift dann mit brüllender Stimme die Opposition an. Er verliest einen Brief des bisherigen Führers der NSDAP, in dem Goebbels zum Ausschluß Moslawitschs beglückwünscht und erklärt wird, daß nun, nach Abgang Moslawitschs, die NSDAP zu Hitler kommen würden (?). Ueber die Differenzen mit dem „Literatensklügel“ führt er drei Punkte an:

Erstens: Es ist bekannt, daß die NSDAP in außenpolitischen Belangen zu Italien (!) und England hinübertritt, das Straßer-Blatt habe andere Ansichten vertreten.
Zweitens: Die Opposition gibt an, die sozialistischen Forderungen des Programms zu betonen, in Wirklichkeit aber wären sie verkäufte Sozialisten und Feinde der Partei. Er sei Nationalsozialist, ein Begriff, der

Husemann von Streifenden verprügelt

Halle, 1. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Gestern versuchten die reformistischen Gewerkschaftsführer den Bormarsch der revolutionären Gewerkschaftsopposition im Mansfelder Streifengebiet durch eine Zersplitterungsaktion aufzuhalten. In diesem Zweck hatten sie sich als große Kanone Husemann vom Bergarbeiterverband verschrieben, der auf einer Gewerkschaftsversammlung auf dem Eislebener Marktplatz sprechen sollte. Aber noch bevor die Gewerkschaftsdemonstranten einzutreten, hatten etwa 3000 freilebende Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Eislebener Marktplatz besetzt. Genosse Dalgner konnte trotz kühner Sprengungsversuche der Polizei zu den versammelten Streifenden sprechen.

Die Gewerkschaftsdemonstration zählte etwa 4000 Arbeiter aus dem gesamten Streifengebiet, darunter zahlreiche Anhänger der Opposition. Als Husemann das Wort ergriff, schaltete ihn der vielstimmige Ruf „Streifbruch-Organisator“ entgegen. Seine Ausführungen, die eine einzige Kommunistenhebe waren, gingen immer wieder in massenhaften Zwischenrufen unter und endeten schließlich in hilflosem Stottern. Als er versuchte, ein Hoch auf die reformistische Gewerkschaftsopposition auszubringen, schaltete ihn ein tausendstimmiges „Nieder“ und ein „Hoch“ auf die revolutionäre Gewerkschaftsopposition entgegen. Genosse Dalgner ergriff erneut das Wort. Die Gewerkschaftsopposition forderten daraufhin die Musiker auf, zu spielen. Als die Demonstranten nun die Musiker zum Schweigen zwingen, stürzte sich die Polizei wie wild auf die Massen. Die offensichtlich zusammenstößenden provokierenden Gewerkschaftsführer verjagte die Demonstranten in ungeheure Empörung. Schließlich mußten die Bannführer Husemann, Dalgner und Böttcher mit blauen Augen und blutigen Gesichtern vor der Menge flüchten. Für reformistische Betrüger ist im Mansfelder Land kein Platz.

zusammengehöre (!) und der ein deutscher Begriff sei (!). Drittens beständen Differenzen in den Fragen der Taktik.“

Zur Frage der von Moslawitsch angebrachten Lügen im Hindenburg-Prozess machte Goebbels tendenziöse Ausflüchte und erklärte, daß aus dem Protokoll der Stenographen klar hervorgehe, daß er keine Zeitangaben über seine Gefangenenszeit in belgischen Gefängnissen gemacht habe. (Im Hindenburg-Prozess renommierte Goebbels, er habe 14 Tage in belgischen Gefängnissen für Hindenburg gelesen und sei mit Keitpellischen geprügelt worden, d. Red.)

„Ich werde energisch säubern“

Zum Schluß sprach Goebbels mit erhobener Stimme: „Ich werde nunmehr die Partei energisch säubern und solange ich auf dem Posten bin, wird keiner der Ausgesprochenen wieder aufgenommen.“

Butterrot im Gesicht schreit er dann in die Versammlung: „Ist ein Mitglied anwesend, das gegen mich ist, dann soll es sich melden“, und tobt weiter: „Wo ist er?“

„Bei uns herrscht Belagerungszustand“

„Die aktivsten und besten Elemente sind zur SPD. abgewandert — Kleinbürgerliche Streber sind zu uns gekommen“

Immer häufiger wiederholen sich in den letzten Wochen die Fälle, daß sozialdemokratische Arbeiter, verbittert über die sozialistische Politik ihrer Führer und empört über die Cliqueswirtschaft in der SPD, sich an die kommunistische Presse wenden, um die arbeiterfeindliche Politik des SPD-Parteivorstandes in aller Öffentlichkeit anzuprangern. So brachte unser Bruderblatt in Frankfurt am Main, die „Arbeiter-Zeitung“, vor wenigen Tagen den ausführlichen Bericht eines Arbeiters von der Delegiertenversammlung der Frankfurter SPD, der im Zusammenhang mit einem Rundschreiben, das die oppositionellen SPD-Mitglieder Fortune und Harris an ihre Freunde verandt haben, einen tiefen Einblick in die Zustände innerhalb der SPD gibt.

In der Delegierten-Hauptversammlung der Frankfurter SPD am 26. Juni kam es zu sehr scharfen Auseinandersetzungen zwischen der rechten Bronzokratie und den opponierenden SPD-Mitgliedern. Kirchner warf dem Bezirksvorstand vor, daß er den Fall Marckwald (Chefredakteur des Frankfurter SPD-Blattes, der sich vor einigen Wochen nach Auseinandersetzungen mit dem Vorstand erschossen hat) draußen im Bezirk in einem falschen Lichte darstellte. Dem Bezirksvorstandsmittglied Köhle sagt Kirchner ins Gesicht: „Köhle kämpft für nichts anderes, als für sein Landtagsmandat!“

Weidenfelder sagte u. a.:

Es herrscht in der Partei eine Stimmung, daß keiner dem anderen mehr traut.

Loeb erklärte: In der Partei herrscht Belagerungszustand! Man verdröh die Paragraphen und dehnt sie nach Belieben. Man verlegt Statuten. Das Recht zu handeln hat nur der Bezirksvorstand und sonst niemand!

Es geht in der Partei zu, wie unter dem Ausnahmezustand während des Sozialistengesetzes,

wo man seitens der herrschenden Klasse die Gesetze verdreht, wie es gerade notwendig war. Man schreit nicht einmal davor zurück, mit den unlautersten Mitteln gegen oppositionelle Genossen vorzugehen, um diesen Genossen etwas anzuhängen.

Fortune berichtete, wie man ihn in Wehlar auf Verreiben der rechten Bronzokratie aus einer SPD-Mitgliederversammlung entfernt hat. Als Fortune auf die skandalöse Verdröherstellung der SPD-Presse zu sprechen kommt, ertönen aus der Versammlung Rufe: Pressebanditen! Revisionisten!

Seal, ein Betriebsarbeiter, sagte in der Diskussion:

Es stimmt, was Genosse Loeb gesagt hat, in der Partei herrscht Belagerungszustand. Man verbietet uns einfach, miteinander zu sprechen. Mit welchem Recht tut man das? Ich werde mich um das Verbot des Bezirksvorstandes, Sonderberedungen abzuhalten, nicht kümmern. Die Warnung des Bezirksvorstandes schert mich einen Dreck. Ich bin als Funktionär des DVB viel auswärtig und werde mich gar nicht genieren,

Die wohlwollende „Opposition“ der SPD.

Das Blatt der Berliner Bank- und Finanzhändler, die „Börzenzeitung“, gibt folgende bezeichnende Charakteristik der kühlen Mitarbeit der SPD. an den Randgesetzen der Brüning-Regierung:

„Interessant ist auch die Stellungnahme des sozialdemokratischen „Vorwärts“, der das neue Regierungsprogramm einer sehr milden, man kann beinahe sagen wohlwollenden Kritik unterzieht, es zwar „alles andere, denn ein Reißerstück“ nennt, sich aber in bemerkenswerter Weise jedes direkt ablehnenden Urteils enthält, sondern „sachliche Prüfung“ durch die Sozialdemokratie in Aussicht stellt.“

Der Hungerriemen wird enger

Die Telegraphen-Union teilt mit: Die Reichsrichtzahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Juni auf 127,6 gegenüber 126,7 im Vormonat. An dieser Steigerung sind im wesentlichen die Bedarfsgruppen „Ernährung“ und „Wohnung“ beteiligt. (!)

Der größte Teil der Opposition schmeigt zuerst, dann erheben sich zwei Mann, später verlassen etwa 30 Mann den Saal. Goebbels ruft triumphierend: „Nur zwei Mann der ganzen Mitgliederversammlung sind gegen mich. Sie haben sich damit automatisch aus der Partei ausgeschlossen und haben sofort den Saal zu verlassen (es entsteht große Unruhe, zahlreiche Proteste und Zwischenrufe). Nach einigen Worten über neue Aufgaben und neue Kämpfe wird die Generalmitgliederversammlung geschlossen.“

Polizeiblamage

Arbeiter-Tambourkorps, Köln, durch rote Hilfe-Verteidigung freigesprochen!

Köln, 1. Juli. (Eig. Meldung.) Vor der großen Strafkammer endete der Berufsungsprozess des Genossen des Kölner Arbeiter-Tambourkorps, die seinerzeit zu ein bis zwei Monaten Gefängnisstrafen verurteilt wurden, mit einer völligen Blamage für die Polizei-Soldateska; die Angeklagten mußten selbst vom „Kommunisten-Tribunal“ freigesprochen werden.

Wie erinnerlich, wurden damals von der Polizei den Genossen des Tambourkorps ihre Hemden geraubt. Die Arbeiter ließen sich jedoch nicht abschrecken und führten mit entzücktem Oberkörper zum Freidentertreffen nach Düsseldorf, wurden dann schließlich auf Veranlassung eines Achtschöckchenjüngens verhaftet, misshandelt und ihre Instrumente zerstört.

Das freisprechende Urteil ist in erster Linie auf die tatkräftige Unterstützung der Angeklagten durch die rote Hilfe zurückzuführen. Hunderte gilt es weiter vor der Klassenjustiz zu schützen; Werbet Mitglied der SPD, werbt und sammelt für den Verteidigungsfonds der roten Hilfe!

Konferenzen abzuhalten. Wenn man uns nicht erlaubt, im Bezirk zu sprechen, so werden wir als Gegenmaßnahmen die Genosse Köhle, Girbes, Saturnus und v. Puttkamer in den Frankfurter Bezirken nicht sprechen lassen. (Vormender Tumult bei der rechten Bronzokratie.) Wir werden uns gegen die Bronzokratie zur Wehr setzen. Ich bemeide mich nicht um die Gunst der Führer, auf eure Sympathie pfeife ich. Sinter mit stehen die Genossen in den Bezirken, die schon längst zu Euch kein Vertrauen mehr haben. Ihr habt diese Arbeiter abgehohen. Sie kommen schon gar nicht mehr in die Versammlungen, weil über politische Fragen und Fragen der Taktik nicht gesprochen werden darf.

In dem erwähnten Rundschreiben der opponierenden SPD-Mitglieder Fortune und Harris wird gesagt, daß die Sekretäre eine Diktatur innerhalb der Partei auf allen Gebieten ausüben. Wörtlich heißt es weiter:

„Gerade jene aktiven impulsiven Menschen, die jede vorwärtsstrebende und kämpfende Partei notwendig hat, sind zur kommunistischen Partei abgewandert. . . . Gleichzeitig hat auch ein Einstromen kleinbürgerlicher Schichten in die Partei stattgefunden, die die an sich schon mangelnde Aktivität der Partei noch weiter bremsen. Nur dadurch ist es beispielsweise zu erklären, daß wir in der preussischen Landtagsfraktion einen so hohen Prozentsatz an Schul Lehrern und Beamten haben.“

Es wird dann weiter gesagt, daß eine große Anzahl Leute nach der Revolution das Parteimitgliedsbuch erworben hätten, um Karriere zu machen. Bei der Vergabung der Mandate werde nicht nach Qualität, sondern nach Beziehungen gefragt.

„Durch die Macht, welche die Angestellten der Partei, der Gewerkschaften und der Staatspositionen haben, werden Mandate hinter den Kulissen verschachert, verschoben.“

Das Rundschreiben ist ein deutliches Beispiel für den Fraktionskampf, der innerhalb der SPD tobt. Die erbitterten Worte in der Diskussion der Delegiertenversammlung, insbesondere die Ausführungen des Betriebsarbeiters Beul entsprechen der Stimmung, die unter den SPD-Arbeitern herrscht. Aber die SPD-Bürokratie pfeift auf die Meinung einfacher Arbeiter, sie setzt ihre arbeiterfeindliche Politik fort. Hat doch beispielsweise der sozialdemokratische preussische Ministerpräsident Braun im Reichsrat für das ungeheuerliche Finanzprogramm der Brüning-Regierung gestimmt.

Alle Bemühungen, aus der SPD. wieder eine Klassenkampfpartei zu machen, sind vergeblich. Alle Arbeiter, die bisher der SPD. folgten, jetzt aber die Politik der SPD-Führerschaft durchschauen, müssen sich der roten Front anschließen, mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Partei kämpfen.

Deutsche Kulaken fordern Lohnabbau

Kleinbauern kämpfen gemeinsam mit den Arbeitern

Berlin, 1. Juli. Im Reichstag haben die Deutsche Bauernpartei und die Christlich-nationale einen Antrag eingebracht, der von der Regierung einen Gesetzentwurf zur Durchführung eines allgemeinen und sofortigen Abbaus aller Löhne und Gehälter, sowohl in öffentlichen als auch in Privatbetrieben fordert.

In einem zweiten Antrag fordern diese Parteien, daß die Einziehung aller Reichsteuern bei den Agrariern eingestellt und teilweise ganz erlassen wird. Hinsichtlich der Landes- und Gemeindesteuern soll ebenso verfahren werden.

Diese Anträge tragen zu offen den Stempel der unerzählten Grozagrarien, als daß die Kleinbauern darauf hereinfallen könnten. Der werktätige Bauer, der sein Feld in harter Mühe selbst bearbeiten muß, weiß, daß diese Anträge nicht gestellt sind, sein Los zu erleichtern. Die Subventionen und Steuererleichterungen haben stets nur die Großen eingestekt und nur im profitieren durch Lohnabbau. Die Kleinbauern werden gemeinsam mit der Arbeiterklasse gegen die Unverschämtheit des Junkertums kämpfen.

Waldenburger Bergland

Rüstet zur Industrie-Gruppentagung Bergbau am 13. Juli in Waldenburg

Kumpels, beruft sofort Belegschaftsversammlungen ein, wählt Delegierte. Organisiert unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf gegen die Unternehmeroffensive.

Oberes Revier

Fortbildungsschullehrer verhöhnt Erwerbslose

Es ist notwendig, einmal die Fortbildungsschule in Weisklein ein wenig zu beleuchten. Wenn wir auch gern zugeben, daß das Lernen niemandem schadet, so wäre es doch angebracht, bei der großen Hitze den Fortbildungsschülern ein paar Stunden zu schenken. Wenn man bedenkt, daß es eine ganze Anzahl Lehrlinge gibt, die den Maurer- oder Zimmermannsberuf haben, also sowieso den ganzen Tag der Sonne ausgesetzt sind, so werden die Schüler dem Lehrstoff die Aufmerksamkeit fehlen lassen. Nicht nur den Schülern steigt die Hitze zu Kopfe, auch bei manchen Lehrern (Ulraum) können wir feststellen, daß etwas Eis notwendig wäre. In der letzten Stunde wurden verschiedene Gesetze durchgenommen, u. d. auch das Erwerbslosengesetz. Herr Lehrer Ulraum wollte den Schülern die Weisheit einprägen, die Erwerbslosen bekommen mehr Geld heraus als sie einbringen. Wir möchten der Schulbehörde dringend raten, diesen Herrn bis zu seinem Tode zu dispensieren und ihn an die Erwerbslosenversicherung mit dem Satz eines Handwerkers zu verweisen. Ja, wenn man als Lehrer 500 bis 600 Mark monatlich ausgezahlt erhält, ist das schon anders. Sind nicht Ihre Stunden in der Fortbildungsschule ein Nebenverdienst? Liegen nicht gerade genug Junglehrer auf der Straße und warten auf Anstellung? Auch Sie, werter Herr, haben sich wohl als kattholischer Mann das Motto zu eigen gemacht: „Nehmen ist seliger als geben!“

Wieder ein Badeopfer. Kurz nach dem Mittagessen badete der jüngste Sohn des Friseurs August Franz aus Blumenau, der 21 Jahre alte Elektriker Rudi Franz, im Rauffmannbach. Plötzlich versank er und ertrank. Wahrscheinlich hatte er einen Schlaganfall erlitten.

Zahnkassen. Am Donnerstag, dem 3. Juli, 20 Uhr, findet im Lokal „Schloßbrauerei“ eine öffentliche Versammlung statt. Dort spricht als Referent der Parteisekretär R. Schulz.

Schwarzwalder. Dessen öffentliche Versammlung. Hier fand die von der Parteigruppe einberufene öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Genosse Betriebsratsvorsitzender Oskar Hoffmann referierte. Es gelang ihm ohne weiteres, an Hand von Beweismaterial den Anwesenden die Auswirkungen des mit Hilfe der SPD. beschlossenen Young-Planes auf die Taschen der Arbeiter und Kleinbauern aufzuzeigen. Genosse Gründler ergänzte die Ausführungen des Redners, indem er treffend auf die Massenentlassungen

Achtung, Ortsgruppen der KPD!

Bezirkskonferenz der Leiter der Frauenabteilungen

Es sind noch nicht reiflos alle Delegierten zur Bezirkskonferenz der Leiter der Frauenabteilungen gemeldet. Das muß sofort geschehen. Meldet sofort die Genossin (ober den eGenossen), die für die Frauenabteilung in der Ortsgruppe verantwortlich ist und stellt die Finanzierung entsprechend den Anweisungen der ZK. sicher.

und Forderungen, den Steuerrand auch an den Kleinbauern (die Ergebnisse einer sozialdemokratisch-bürgerlichen Regierungspolitik) ringing. Es gilt nun, das Gehörte mit den noch abseits stehenden lebhaft zu diskutieren, um auch sie zu gewinnen.

Schönberg

Das arbeiterfeindliche Stadtparlament

In der Stadtverordnetenversammlung am 27. Juni wurde die Magistratsvorlage, wonach die Schühengilde 500 Mark erhalten soll, mit Einschluß des SPD.-Stadtverordneten Heintz einstimmig angenommen. Dafür wollte man das Richtige um 10 Pfg. pro Kilowattstunden erhöhen. Dieser Antrag wurde aber an den Magistrat zurückgewiesen. Höchstwahrscheinlich will man die Ausgabe für die Herren Schützen dadurch decken, indem man alle Anträge auf Wohnungsbau unterstützt. Eine ganze Reihe sind schon abgelehnt worden. Auch die Richtige werden bedauerlich nicht innen gehalten, trotzdem der Landrat in der letzten Kreisratssitzung ausdrücklich betonte, daß die Richtige in den einzelnen Gemeinden gehalten werden müssen. Daraus können die Schönberger Arbeiter sehen, wofür noch Geld vorhanden ist, auch die Einstellung des sozialdemokratischen Stadtverordneten E. Heintz ist bezeichnend.

Freiburg

Drei Arbeiter treten in SPD.-Versammlung in KPD. ein!

Am Freitag wurden von einem hiesigen SPD.-Mönslein am Arbeitsamt Handzettel verteilt, und zwar wollte er sein Bild bei den Frauen versuchen, denn als einige Männer zum Stempeln kamen, zog es dieselbe vor, zu verschwinden. Die SPD. rief zu einer Mitgliederversammlung auf, wozu die Erwerbslosen eingeladen wurden. Parteisekretär Hoppe sollte sprechen über „Erwerbslosenfragen und SPD.“ Vor einer öffentlichen Versammlung fürchten sich diese Demagogen. Nun zur Versammlung selbst. Mit einigen Erwerbslosen ging ich hin. Unter anderem war auch der Denunziant Franz vertreten und versuchte gleich am Anfang, die oppositionellen Kollegen zu provozieren. Hoppe nahm ihm das Wort. Was er im Nazi-Prozess zuzunehmen sagte, wurde hier wiederholt. Sein Stiefvater war die Brüning-Regierung, die doch nur das weiterführt, was die Hermann-Müller-Regierung begonnen hatte. Weiter schwindelte er, in Rußland gebe es anderthalb Millionen Erwerbslose. (Das war einmal.) Als Muster stellte er immer Deutschland hin. Auch die Sachgenwahl wurde angegriffen, natürlich sind die Kommunisten schuld, daß die Nazis Stimmengewinn haben. (Wo es bald jedes Kind weiß, daß sie ihre Stimmen nur aus dem Kleinbürgertum holen.)

Man vermutete wahrscheinlich keinen Diskussionsredner, darum ließ man eine Ansprache zu. Man hatte sich auch mit Diskussionsrednern reichlich versorgt. Bonze Hoppe, Bonze Heda-Waldenburg und Bonze Leipart-Waldenburg, auch Stadtrat Köbner, beteiligten

sich an der Diskussion. Letzterer meinte, die Erwerbslosen sollen nicht so oft Anträge an die Stadt stellen, denn sie hätte kein Geld. (Also verhungern!) Dann sprachen die Genossen Krusche und Bittner für die KPD. Sofort traten die Bonzen Leipart und Heda auf den Plan. Im Schlußwort machte Hoppe eine wüste Hege gegen unsere Genossen. In der Zwischenzeit wurde aber von einigen Genossen gearbeitet, so daß am Schluß der Versammlung erklärt werden konnte: Der Erfolg dieser Versammlung sind drei neue Mitglieder für die KPD. Mit einem kläglichen Hoch auf die SPD. wurde die Versammlung geschlossen. Die oppositionellen Kollegen antworteten mit einem „Rot Front“. Arbeiter zieht die Lehre. Die SPD. wird auch trotz der rabiaten Worte, die sie heute verschwendet, nicht helfen, weil sie schon zu sehr mit den Bürgerlichen verknüpft ist!

Der „Raft“ in Freiburg

Einen recht imposanten Verlauf nahm diese Veranstaltung am Sonnabend und Sonntag. Der Fadelzug mit den Darbietungen der Turner und Radfahrer am Rathaus hatte wohl 3000 bis 4000 Zuschauer auf die Weine gebracht. Die Leistungen an beiden Tagen unterschieden sich in nichts von denen der Vorjahre. Sie waren musterhaft. Lediglich die allzu große Festliche in Verbindung mit der Zeit „Arbeitslosigkeit“ war an dem schlechten Besuch schuld. Im folgenden seien die besten der einzelnen Wettlamparten genannt. Schüler-Dreikampf: 1. Polka Efriede 150 Punkte. Schüler-Dreikampf: 1. Zeisberg 227,2 Punkte. Sportler-Dreikampf: 1. Quellweg 143,2 Punkte. Jugend-Fünfkampf: 1. Otto H. 401,5 P. Turner-Fünfkampf: 1. Pöhöb 315 Punkte. Schüler-Fußball-Dreikampf: 1. Herzog P. 293,5 Punkte. Jugend 14-18 Jahre Fußball-Dreikampf: 1. Zell Herbert 272 Punkte. Fußballer (18-30 Jahre) Dreikampf: 1. Lorenz R. (W.R.) 208 Punkte. 3000-Meter-Lauf: 1. Glener Oswald (Turner Uebelbach) 10 Min. 13,5 Sek. Handballspiel Schwimmer Freiburg gegen Turner Saarau 6:5. Fußballspiel Turner gegen Fußballer 0:4. Fußballresultate von Sonnabend und Sonntag: Stern Schüler gegen W.R. 2. Schüler 3:1; Stern III gegen W.R. III 1:1; Stern II gegen W.R. II 0:8; W.R. Jugend gegen

Niederschlesien

Unerhörte Mißstände im Liegnitzer „Städtischen Altersheim“

Schon des Öfteren ist von Insassen des städtischen Altersheimes, Gahnauer Straße, Klage über die dort herrschenden Mißstände geführt worden. Pressevertreter hat man bisher immer von diesem „Heim“ ferngehalten. Man wußte warum! Wie bekannt, ist das Altersheim nicht etwa ein Ruhehaus für alte, abgearbeitete Proleten, sondern das Arbeitshaus des hiesigen Wohlfahrtsamtes. Der rühmlichst bekannte sozialdemokratische Stadtrat Jaensch, Dezernent des Wohlfahrtsamtes, verachtet sämtliche um Unterstützung nachsuchende Lebige und auch verheiratete Proleten in diese Anstalt. So erhielt auch der Genosse Granalle am Sonnabend von Herrn Jaensch den Bescheid, daß sein Antrag auf Unterstützung abgelehnt sei. Es heißt dann weiter: „Wir helfen es Ihnen anheim, Ihre Aufnahme ins städtische Altersheim nachzusuchen, wo Sie sich durch Arbeiten Ihren Lebensunterhalt verdienen können.“ (!) Von diesem „Angebot“ machte Genosse G. gern Gebrauch, da dieser schon über ein Jahr erwerbslos ist und sich selbst keinen Lebensunterhalt verdienen möchte. Im „Altersheim“ angekommen, wurde G. vom Sekretär dieser Anstalt in „Zimmer 16“ verwiesen. Wer nun etwa glaubt, daß diese sogenannten Zimmer menschenwürdige Räume seien, der irrt sich. So mancher Viehstall ist sauberer und anständiger als diese Wohnhöhlen! Ein großer, gewölbter Raum, über und über schwarz verputzt! Teilweise fehlt der Fuß an den Wänden, nichts, was diese Wude etwas freundlicher machen würde. Zwölf eiserne Militärbetten dienen den Bewohnern dieser Wude als Schlafstelle. Als G. einige Leute auf dem blanken Fußboden liegen sah, erklärte man ihm auf seine diesbezügliche Frage, daß das Liegen am Tage in der Freizeit auf den Betten verboten ist! Selbst bei der Reichwehr sind derartige Verbote unbekannt. Zu dem Mobiliar gehört auch ein Schrank. In diesem Schrank dürfen nicht etwa Wäschegegenstände usw. aufbewahrt werden, sondern dieser Schrank ist zur Aufnahme von Akten (!) bestimmt. Weber ein Kleiderfach, noch Kleiderkasten, noch sonst irgend ein Aufbewahrungsort für Kleidungsstücke ist vorhanden. Die wenigen Sachen der Proleten leiden sehr darunter. Anstatt, daß man diesen Armen in jeder Weise Unterstützung zukommen läßt, nimmt man ihnen noch auf diese Weise das letzte anständige Kleidungsstück. Mehlisch ist es mit der Aufbewahrung von Lebensmitteln. Für einen Teil der Insassen sind auf dem Korridor eine Art Eßtische angebracht. Da diese nicht mit Wäsche ausgefegt sind, sie auch keine Lüftungslöcher haben, ist ein Aufbewahren der gelieferten Margarine und des Brotes bei dieser Hitze eine Unmöglichkeit. Diese bumpyigen Böcher bieten die schönsten Brutstätten für Krankheitskeime. Weber Wäsche noch Wäschebänder sind vorhanden. Hier kleine Blechschüsseln sind den zwölf Bewohnern als Waschgelegenheit zugewiesen. Auch Eßbesteck sind nicht vorhanden. Ein alter Löffel sowie ein mit Draht umwickeltes undraufsbares Messer dienen als Eßwertzeug. Damit nun diese Zeugen deutscher „Kultur“ nicht zu sehr ins Auge fallen, hat man auch an Gegenstände gedacht, welche zwar nicht nützlich sind, dafür aber viel Geld kosten. In Nr. 16 hängt ein großes, neues „Gemälde“, die „Kreuzigung Jesu“. Offenbar will man mit diesem Bilde den Kreuzzugenden zeigen, daß es wohl besser ist, sich aufzuhängen, als Bewohner dieser Zwangsanstalt zu werden. Jedenfalls hätte man für dieses Bild auch Wäschebänder für die Tische bekommen. Auch ist ein Arbeiter mit seinen vier Kindern hierher überwiesen worden. Die Kinder sind verstreut bei den Frauen untergebracht und gezwungen, täglich Zeugen der nicht zu vermeidenden monatlichen Menstruationen mit den dazu gehörenden, bei den hier herrschenden hygienischen Verhältnissen nicht gerade angenehmen

Schweidnitz Jugend 1:0; W.R. I gegen Schweidnitz I 3:3; Stern I Jirau gegen Silesia-Riders I Breslau 4:2; Stern Schüler gegen W.R. 1. Schüler 1:1. Resultate von den Radfahrern sind, da die Angaben fehlen, nicht notiert.

Bolkenhain

Der Schwiegersohn als Brandstifter. In Nimmerath konnte der Reisende Emil Nuttig aus Schmielesberg verhaftet werden. Er hatte, wie gemeldet, die Heizung seines Schwiegeraters, des Kleingärtners Künzel in Ober-Nafelsbach, in Brand gesetzt. Die Tat hat er dem Amtsvorsteher und seinen Bekannten gegenüber bereits zugegeben.

Jauer

Der städtige Rentmeister verhaftet. Rentmeister Blenn vom Dominium Lobris, der vor einiger Zeit nach größeren Veruntreuungen städtig wurde, ist jetzt verhaftet worden.

Zobten

15 neue Parteimitglieder

In der am 28. Juni in Rogau-Rosenau bei Zobten a. B. stattgefundenen gut besuchten öffentlichen Versammlung der KPD. zeigte der Referent, zum Teil an Hand amtlicher Statistiken, die weiteren ungeheuerlichen Regierungsmagnahmen zur Ausplünderung des deutschen Proletariats. Der Referent zeigte den Anwesenden aber auch den einzig möglichen Weg, auf dem wir diesem Massenelend noch entrinnen können. In seinem Referat wurde Genosse Steiner-Breslau von der Versammlung wiederholt durch lebhafteste Zustimmungsgedungen unterbrochen. Nach dem Referenten sprach noch Genosse August Tiller-Ströbel und appellierte insbesondere an das Klassenbewußtsein der Rogauer Arbeiter. Genosse Wilhelm Pötsch-Groß-Märzdorf berichtete über den ungeheuren und schmelzen Aufstieg des bisher einzigen Arbeiterstaates, der Sowjetunion. Er forderte am Schluß seiner Ausführungen die anwesenden Proleten auf, endlich aufzuwachen und sich in die rote Klassenfront unter Führung der KPD. zum gemeinsamen, wirkungsvollen Kampf gegen den Weltimperialismus einzureihen. Zur freien Aussprache meldete sich niemand, trotzdem die SPD. durch kleine Bonzen und auch die NSDAP. durch Prominente in unserer Versammlung vertreten war.

Zu der von den Nationalsozialisten beschützten Sitzung dieser Versammlung kam es nicht, da dieselben im letzten Augenblick verzogen hatten, zu gleicher Zeit eine Versammlung in Floriansdorf abzuhalten.

Wir wurden nur aufmerksam von acht Landjägern „beschißt“. Für die Partei wurden am Schluß der Versammlung 15 Neue aufnahmen gemacht. Es geht vorwärts!

wirkenden Reinigungsarbeiten zu sein. Wo bleibt hier die von den Wandern bei jeder Gelegenheit ins Treffen geführte „Attliche Gefährdung der Jugend“? Ganz in den Rahmen dieses stinkenden Gewässers paßt die von Oberbürgermeister Charbonnier und dem Stadtrat Jaensch herausgegebene „Hausordnung“. Keine Zucht, Hausordnung kann mit diesem Gebilde menschlicher Produktion weiter eifern. In der Zusatzverordnung wird als erstes mitgeteilt, daß jeder im „Heim“ Aufgenommene sich schnellstens Arbeit zu beschaffen hat. (Wer laßt das?) Jeder hat sich täglich (!) bei den öffentlichen und privaten Arbeitsnachweiser zu melden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Arbeitsuche von der Verwaltung kontrolliert wird! In der übrigen Zeit hat sich der „Heim“-Insasse der Schwere sowie dem Werkmeister zur Arbeitsleistung zur Verfügung zu halten. Zuvielhandlungen werden geahndet, das erste mit einer Verwarnung, bei Wiederholung mit „Heim“-verweisung! So sieht das vom Sozialdemokraten Jaensch genannte „Lebensunterhalt“ verdienen durch Arbeiten aus. Nur für das Essen sowie die recht private Unterkunft müssen diese ausbeuteten Proleten bis abends um 1/28 Uhr schuften. Nach der Hausordnung muß auch jeder um Punkt 21 Uhr „zu Hause“ sein. Wer später kommt, muß dranhaken bleiben. Auch hier wird „geahndet“.

Nachdem G. noch den kommunistischen Stadtverordneten Genossen Hoppe ins Altersheim geholt hat und diesem viel unerhörte Mißstände gezeigt hat, verzichtete er auf den weiteren Aufenthalt in diesem Liegnitzer „Kulturkolonial“. Auf Grund der direkt katastrophalen Verhältnisse sind dementsprechende Eingaben an den Provinziallandtag sowie an das Stadtparlament gemacht worden.

Wir fordern, daß man die riesigen Mittel, welche für Denkmäler, Abschiedsreden der Reichwehr usw. verpulvert werden, für Renovierung des „Altersheimes“ verwendet.

Wir fordern weiter, daß man den Proleten, welchen durch diese Mißstände die Sachen verdorben sind, eine entsprechende Entschädigung zahlt.

Wir fordern, daß die im „Heim“ Beschäftigten nicht nur Essen und Unterhalt erhalten, sondern tarifmäßig entlohnt werden.

Darüber hinaus sind die Zuchtanordnungen zu befeitigen. Arbeiter des „Altersheimes“! Laßt euch diese Schikanen nicht gefallen. Protestiert dagegen. Besucht die Erwerbslosenversammlungen und nehmt dort öffentlich zu euren Mitten Stellung. Zeigt, daß ihr nicht länger gewillt seid, euch als Menschen 5. Klasse behandeln zu lassen.

Lüben

Ist Drohung mit dem Landtag Beamtenentzückung?

Mit der gewiß nicht alltäglichen Frage, ob Drohung mit dem Landtag bzw. einem Landtagsabgeordneten Beamtenentzückung ist, hatte sich im Prinzip die Liegnitzer Große Strafkammer als Berufungsinstanz zu befassen. Der Geschäftsführer Mag Riettschel in Liegnitz hatte auf Bitten des Zimmermanns Otto Gubisch in Wärsch-Gelle, dem angeblich unredlich eine Küchenwaage vom Landjäger beschlagnahmt worden war, weil sie nicht geeicht war, an den Oberlandjäger Friebe in Kaltwasser einen Brief geschrieben. In diesem Brief forderte R. den Landjäger auf, die Waage binnen drei Tagen zurückzugeben, widrigenfalls er sich bei seiner vorgesetzten Behörde beschweren und den Fall einem Landtagsabgeordneten vortragen werde. Der Landjäger ersattete hierauf Anzeige wegen Beamtenentzückung. Das Schöffengericht kam zu der Auffassung, daß zwar nicht die Drohung mit der Aufsichtsbehörde, aber doch die Drohung mit der Unterbreitung des Falls an den Landtag als Beamtenentzückung im Sinne des § 111 StGB. aufzufassen sei und erkannte auf 25 Mark Geldstrafe. Auf die Berufung des Angeklagten hob die Liegnitzer Große Strafkammer das erstinstanzliche Urteil auf und kam zum Freispruch.

Büdo flüssig
für den feinen Schuh

Rund um den Erdball

Bildes Entschuldigungsgestammel der Lübecker Bazillenmörder

„Wir wollten keine Beunruhigung!“

Pariser Pasteur-Institut klagt an — Der 47. Säugling hingemordet Enthüllungen aus dem Geheimbericht der Lübecker Bürgerschaft

Das Pariser Pasteur-Institut, aus dem bekanntlich das Lübecker Gesundheitsamt die Calmette-Kulturen bezogen hat, erläßt jetzt nach wochenlangen sorgfältigen Prüfungen eine Erklärung, aus der mit eindeutiger Klarheit hervorgeht, daß die Todesfälle von Lübeck einzig und allein „auf einen fatalen Irrtum im Laboratorium des Städtischen Krankenhauses in Lübeck zurückzuführen seien“. Denn nur dort habe man die kranken Kulturen mit im höchsten Grade schädlichen Tuberkulosekulturen vermischt. Das Pasteur-Institut hält es deshalb für notwendig, ausdrücklich zu erklären, daß die BCG-Kulturen von Calmette in keiner Weise als Ursachen anzusprechen oder für die Vorkommnisse in Lübeck verantwortlich zu machen sind.

47 Kleine Gräber . . .

Lübeck, 1. Juli. Das Lübecker Gesundheitsamt teilte am Dienstag vormittag das Ableben des 47. Opfers der mit dem Calmette-Schutzfrisch genährten Säuglinge mit. Dagegen wird bekannt, daß wieder ein Säugling nach dem anderen, von dem man glaubte, daß er gesundete, von schweren Rückschlägen betroffen wird. Die Zahl der kranken Kinder hat sich demnach wieder von 68 auf 72 erhöht.

Verhandlungen hinter dreimal verschlossenen Türen

Am vergangenen Montag ist der Lübecker Elternauschuß in Berlin gewesen, um dort mit den führenden Persönlichkeiten des Reichsgesundheitsamtes eine Aussprache über den Bazillen-Massentod herbeizuführen.

Bestimmend wurde über die Ergebnisse der Berliner Konferenz strengstes Stillschweigen bewahrt.

Jammergehül ist aber bereits sonie in die Öffentlichkeit durchgedrungen, daß eine sofortige Verhaftung der schuldigen Ärzte nicht nur angebracht, sondern auch die selbstverständliche Pflicht der Lübecker Staatsanwaltschaft wäre. Doch von diesem Staatsanwalt, der bekanntlich noch am 19. Juni „keinen Grund zum Einschreiten“ zu haben erklärte und der erst durch den Massenmord der Lübecker Elternschaft zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen Dr. Dente, Alstaedt und andere gezwungen wurde, wird man die freiwillige Erfüllung seiner Pflicht vergeblich fordern. Er muß auch zur Verhaftung der Schuldigen erst wiederum gezwungen werden.

Die ärztliche Autorität muß dem Volke erhalten bleiben

Selbst die Anklagebehörde kann jetzt nicht länger umhin, zuzugeben, daß die mörderische Calmette-Fütterung auch dann noch fortgesetzt wurde, als schon am 26. April der erste Säugling auf dem Totenbette lag.

Zwar waren im Allgemeinen Krankenhause die Fütterungen nach diesem Todesfall eingestellt worden, dagegen unterließen es die verantwortlichen Ärzte verbrecherischerweise, die an Primärärzte und Hebammen verabsorgten Calmette-Portionen auch nach dem 26. April zurückzuziehen oder wenigstens eine Warnung ergehen zu lassen. So also konnte es nur geschehen, daß die vollkommen unorientierten Ärzte und Hebammen noch bis zum 1. Mai proletarische Säuglinge mit dem mörderischen Präparat weiterfütterten. Und was stammeln die Bazillenmörder zu ihrer Entschuldigung?

„Man wollte eine unnötige Beunruhigung der Bevölkerung vermeiden!“

Allerdings der wahre Grund für dieses feige Argument dürfte vielmehr der sein, daß diese akademischen Kurpfuscher lieber reihenweise proletarische Säuglinge ins Grab sinken lassen wollten, als einzugehen, daß sie sich geirrt hatten. Zum Verbrechen also noch die Vertuschung!

„Die Schwester hat schuld! Nicht wir!“

Die bürgerliche Sensationspresse, die nicht mehr umhin kann, die Verantwortlichen an dem Bazillenmord anzugreifen, sucht

Ein Mörder in Reichswehruniform

Gastwirt wegen 5 Pfennig Bierpreisenerhöhung erschossen

Glogau, 1. Juli. In einem hiesigen Gasthaus geriet ein Angehöriger des Glogauer Reichswehregiments mit dem Gastwirt in Streit wegen einer Bierpreisenerhöhung um 5 Pfennig. Im Verlauf der Auseinandersetzung zog der Reichswehrsoldat sein Seitengewehr und schab es dem Gastwirt mit voller Wucht in das Herz. Der Schwerverletzte verstarb unmittelbar darauf. Der Mörder in Reichswehruniform wurde verhaftet.

Folgeschwerer Dachstuhlbrand

Ein folgeschwerer Dachstuhlbrand ereignete sich in der Nacht am Dienstag in Frankfurt a. Main. Wegen der Hitze erlosch die Feuerwehr die Leitern nicht aufzuziehen und breitete deshalb ein Sprungtuch aus, in das eine Frau vom Stockwerk brennend sprang. Nachdem die Feuerwehr Herr des Brandes geworden war, gelang es ihr, die bereits halb verohlte Leiche eines männlichen Hausbewohners zu bergen. Die Frau wurde in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus übergeführt.

krampfhaft nach Entlastungsmomenten für die schuldigen Ärzte und faßelt bereits davon, daß es sehr gut möglich gewesen sei, daß in dem Laboratorium Professor Dentes eine furchtbare Verwechslung vorgekommen ist,

die allein auf Rechnung der Laboratoriumschwester zu setzen sei, auf die bekanntlich ebenfalls die Anklage wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung ausgedehnt ist.

Noch vollkommen unaufgeklärt ist bis heute die geheimnisvolle Angelegenheit, warum die Ärzte unmittelbar nach den ersten Todesfällen die restlichen Bestände des mörderischen Calmette-Schutzfrisches fortgeschüttet haben. Wer hier nicht gleich an einen offenkundigen Versuch der Vertuschung eines Verbrechens denkt, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen.

Erklärung des „Berliner Arbeitsausschusses zur Verfolgung der Lübecker „Kindertötung“

Abschließend veröffentlichen wir die Zuschrift des „Berliner Arbeitsausschusses zur Verfolgung der Lübecker Kindertötung“, Berlin-Pankow, Neumannstraße 52, die sich im wesentlichen mit unserer Stellungnahme zu dem verbrecherischen Bazillenmord in Lübeck deckt:

Die durch die Presse bekanntgewordene Anklageerhebung gegen die Professoren Dente und Klog und den Medizinalrat Dr. Alstaedt sowie gegen eine namentlich unbekannte Laboratoriumschwester lassen den Eindruck entstehen, als ob die Staatsanwaltschaft ernsthaft die Schuldfrage in Lübeck klären wollte. In Wirklichkeit zeigt jedoch die Formulierung der Anklage, daß jetzt schon versucht wird, die Schuldfrage auf ein Nebengleis zu verschieben, nämlich, ob und welche technischen Versehen etwa vorliegen.

Diesem Zweck dient die Einbeziehung der Schwester, deren Rolle und Verantwortlichkeit in der Lübecker Tragödie von völlig untergeordneter Bedeutung ist.

Damit soll abgelenkt werden von der Hauptschuldfrage: Daß die genannten verantwortlichen Anstalts- und Verwaltungsräte das Grundgebot jeder ärztlichen Ethik: „Nicht schaden!“ bewußt außer acht gelassen und, von der Gefährlichkeit der Versuche überzeugt, unter bewußt falschen Vorpiegelungen die Zustimmung der Eltern erschlichen und

über 216 Säuglinge als Experimentierkandidaten benutzt haben.

Beweis: Nicht nur das Lübecker Gesundheitsamt, sondern auch das Reichsgesundheitsamt waren bereits seit Februar d. J., also vor Beginn der Calmette-Massenfütterung, durch einen Aufruf an die Lübecker Elternschaft in der „Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung“, Heft 2, ausdrücklich mit Nachweis von Dutzenden Calmette-Todesfällen vor der B. C.-Fütterung gewarnt worden.“

Vom Befreiungsrummel



Die gesamte nationalistische und sozialdemokratische Presse überschlägt sich im patriotischen Befreiungsrummel. Stahlhelm und Reichsbanner sind ein Herz und eine Seele. „Der Rhein ist frei!“ „Freudenfackeln lodern!“ „Der schönste Augenblick für Mainz!“ das sind so einige hysterische Uberschriften bürgerlicher und sozialdemokratischer Zeitungen. Nur die Arbeiterschaft des ehemals besetzten Gebietes macht diesen Befreiungsklamauk nicht mit. Sie hat ernstere Sorgen. Sie fühlt sich auch unter dem Banner der deutschen so wenig frei wie unter der Trikolore der französischen Republik. Unser Bild zeigt die letzte französische Parade in Mainz. General Guillaumat schreitet die Front der französischen Proleten im Waffenrock ab. Ganz rechts im Vordergrund der Vorsitzende der Rheinlandkommission Tirard.

Dorpmüllers Mord-Rationalisierung am Pranger

Dürener Eisenbahnunglück vor Gericht

Auf der Anklagebank natürlich nur zwei Eisenbahnarbeiter — Ein „Sachverständiger“ der in zwei Stunden seine Meinung wechselt

Köln, 1. Juli. Vor dem Kölner Erweiterten Schöffengericht begannen am Montag vormittag die Verhandlungen zur Klärung der Schuldfrage an dem Eisenbahnunglück von Wuir bei Düren am 25. August vorigen Jahres, bei dem, wie erinnerlich, 16 Personen den Tod fanden und 56 mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Auf der Anklagebank sitzen natürlich nur zwei Eisenbahnproleten, und zwar der Lokomotivführer des Unglückszuges namens Nordhaus und der Fahrplanführer Fischer aus Düren. Der Angeklagte Nordhaus hat bei dem Unglück den rechten Arm verloren. Die eigentlichen Schuldigen an dieser entsetzlichen Eisenbahnkatastrophe, also Dorpmüller und seine Rationalisierungssachverständigen, deren Schuld bereits in den ersten Stunden dieser Verhandlung klar zutage kam, sitzen natürlich nicht in dem Armenjünderkasten.

Eingangs der Verhandlung wurden noch einmal die genauen Einzelheiten der entsetzlichen Katastrophe dargelegt. Danach entgleiste der Schnellzug Paris—Barijahn am Sonntag, dem 25. August, morgens um 8 Uhr bei seiner Einfahrt in den Bahnhof Wuir. Und zwar geschah das Unglück in dem Augenblick, als der Zug in rasender Fahrt in eine Weiche einbog. Einige Sekunden später drangen herzerreißende Schmerzschreie und gellende Hilferufe aus den umgekehrten und ineinandergefahrenen Waggonen.

Für die bürgerliche Sensationspresse, die natürlich mit Dorpmüller durch die dunn geht, war die Schuldfrage schon gelöst, als sich noch in Wuir die Schwerverletzten vor Schmerzen auf den Schienen krümmten.

„Der Lokomotivführer hat schuld“, heulte die Lügenjuraille, die immer noch unverständlicherweise von Arbeitern geleitet wird.

Es war nämlich sehr leicht, dem Lokomotivführer die Schuld beizumessen, denn man hielt ihn anfangs für tot. Als der ihnen aber nicht den Gefallen tat und sich wieder von seiner schweren Verletzung erholt, schob man ganz einfach die Schuld auf den Fahrplanführer. Später jedoch stellte sich heraus, daß gerade dieser Zug tagtäglich durch Zollrevisionen Verspätung bekam, die auf der Strecke Aachen—Köln unter allen Umständen wieder eingeholt werden mußte.

Dorpmüller droht nämlich jedem Lokomotivführer mit hohen Strafen, der den Zug nicht pünktlich an seinen Bestimmungsort bringt.

Als ein Musterexemplar von „Sachverständigen“ entpuppte sich in der Verhandlung Professor Frevert, der sich „ordentlicher Professor für Maschinenbaukunst an der Technischen Hochschule in Berlin“ nennt. Noch am Morgen legte er mit eindeutiger Klarheit dar, daß

der allergrößte Teil der Schuld an dem entsetzlichen Eisenbahnunglück nur an den widersinnigen Verfügungen der Berliner Reichsbahnstellen gelegen habe.

Doch schon zwei Stunden später widerrief er alles. Er sei von den zuständigen Dienststellen in Berlin dahingehend unterrichtet worden, daß „der Zugführer doch die Verpflichtung gehabt habe, sich in Berlin, Lehrter Bahnhof, zu erkundigen, ob Vorschriften eingehalten seien“.

Also bereits am ersten Verhandlungstage kam die verbrecherische Schuld des Dorpmüller-Systems klar zutage. Die Anklage gegen die beiden Eisenbahnarbeiter ist daher nichts anderes als eine Vertuschung der Schuldfrage. Das reisende Publikum soll von der Tatsache abgelenkt werden, daß die Rationalisierung auf Kosten der Sicherheit im Eisenbahnbetrieb vor sich gegangen ist. Nur aus diesem Grunde hat man die beiden Proleten vors Gericht gezerrt. Für die Verhandlung sind mehrere Tage vorgegeben.

Breslau

Das sind die Richter der „Republik“!
Neues Nazioten-Theater

Auch in der vergangenen Nacht, kurz vor 24 Uhr, versuchten am Ringe etwa 30 bis 40 Nazis neues Theater zu inszenieren. Junge Burken, die sich durch die bekannten Sprechbretter „Deutschland erwache“, „Juda verrecke“ sowie durch Heil-Rufe und Urhochheben zur NSDAP bekannnten, gogen am Ringe herum und machten eine zweite Rheinlandsfeier. Wiederholt wurde Polizei eingesetzt, die in der bekannten zähen Weise mit den Nazis umging. Gegen 0.30 Uhr gelang es der Polizei unter Sinauziehung eines Bereitschaftszuges mit guten Worten und Gummistößen das Häuflein zu zerstreuen. Insgesamt wurden elf Personen wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen und wegen Aufbaus vorläufig festgenommen und in den frühen Morgenstunden wieder entlassen. Unter den Festgenommenen befanden sich u. a. auch zwei Gerichtsreferendare (!) und fünf Studenten.

Von der Internationalen Arbeiter-Hilfe

Am Sonntag fand im Gartenlokal „Paradies“ in Dabitz der Solidaritätstag der I.A.H.-Ortsgruppe Breslau statt, der einen starken Besuch zu verzeichnen hatte. Nach einer kurzen Ansprache eines Vertreters des Landesauschusses der I.A.H. wurde eine Protestentscheidung einstimmig angenommen gegen das Todesurteil der polnischen Justizhüter an drei jugendlichen Arbeitern. Desgleichen wurde eine Entschließung angenommen, die den auf Vorposten schwer kämpfenden Mansfelder Arbeitern die vollste Sympathie und Solidarität entbietet. Der Solidaritätstag war ein voller Erfolg.

Die Internationale Arbeiterhilfe, Landesauschuss Schlesien, spricht hiermit den Breslauer Geschäftsleuten, die durch Spenden mit dazu beitragen, unserem Solidaritätstest zu einem Erfolg zu verhelfen und dadurch praktisch den notleidenden proletarischen Kindern geholfen haben, im Namen dieser Kinder den Dank aus. Der Reinertrag wird den Kinderheimen der I.A.H. überwiesen.

Die Sitzung der erwerbslosen Parteigenossen

findet am Donnerstag um 17 Uhr im Lokal „Roter Löwe“, Kupferstraße, statt. Jeder Stadtteil hat dafür zu sorgen, daß sämtliche erwerbslosen Genossen seines Stadtteils erscheinen.

Der desertierte Tschechoslowake verurteilt. Am Dienstag wurde der 27jährige tschechische Fliegeroffizier Karl Schor vom Verleumdungsgericht wegen Falschvergehens zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Am 27. Juni war er mit einem tschechischen Militärflugzeug in Breslau gelandet. Als Grund für die Desertion gab er an, unzufrieden mit seiner militärischen Laufbahn und schlecht behandelt worden zu sein.

Jungpartakus: Gruppe Scheitnig. Heute Mittwoch, 17 Uhr Reichsleitungs-Brigittental. Das Zeitungs- und das Postkartengeld mitbringen. — Gruppe Oshauer Tor: Heute Mittwoch 17 Uhr Brodener Platz. Alle Arbeiterkinder erschmecken. — Gruppe Süd: Donnerstag 17 Uhr am Friedrichsplatz.

Das Strandbad Stabelwitz, an der Weistritz, mitten im Walde gelegen, hat jetzt eine Autobusverbindung erhalten; der städtische Autokombi bringt die Badegäste aus dem Stadtkern vom Rechten Keller bis dicht an das Bad.

Blagkonzert für die Rote Lisse. Samstagabend 19.30 Uhr auf dem Waterloo-Platz.

Zeichen des kapitalistischen Chaos und Zusammenbruchs:

Nur noch ein Großbetrieb, dafür aber fast 70 000 Arbeitsuchende in Breslau

Die kommunistische Internationale hat die heutige Situation des Kapitalismus dahingehend gekennzeichnet, daß sich dieser am Anfang einer Weltwirtschaftskrise befindet, daß sich in allen Ländern die Anzeichen dafür, daß die heutige Periode die des Zusammenbruchs ist, mehren. Wie groß Chaos und Anarchie der sogenannten „Wirtschafts“-lage sind, das geht u. a. auch aus einer neuen Denkschrift hervor, die der Breslauer Magistrat verfaßt hat, und in der ein bewegtes Klagebuch über das Chaos der Zeit, das das Chaos des Kapitalismus ist, gesungen wird. Aus dieser Denkschrift interessiert vor allem die Feststellung, daß in Breslau nur noch ein einziger Großbetrieb mit über 1000 Beschäftigten, nämlich die Linde-Hofmann-Buschwerke, vorhanden ist. Ihre Gesamtbeschäftigtenzahl ist auf 5400 gesunken gegenüber 6000 im Jahre 1925. Daneben bestehen noch drei Betriebe mit je 500 bis 800 Arbeitern und Angestellten; sie hatten im Jahre 1925 durchweg über 1000 Beschäftigte. Hinsichtlich dieser größeren Betriebe gibt es in Breslau 418 mit mehr als 50 beschäftigten Personen und einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 65 925. Auch diese Zahl ist beträchtlich gegenüber dem Jahr 1925 zurückgegangen, in dem 498 berartige Betriebe mit 88 080 Beschäftigten festgestellt wurden.

Diese Entwicklung war selbstverständlich begleitet von einem ungeheuren Anwaschen der Erwerbslosenzahl. Es ist ja allgemein bekannt, daß Breslau die Stadt mit der größten Erwerbs-

losigkeit aller deutschen Großstädte ist. Einige Zahlen beweisen das: So waren z. B. Ende Februar dieses Jahres beim Arbeitsamt Breslau als Arbeitsuchende 66 688 Personen gegenüber 49 037 Ende Februar 1929 gemeldet. Von diesen waren nur 32 000 in der Arbeitslosenversicherung, zu denen über 26 000 Familienausfallungs-empfangende kamen. 12 730 Arbeitslose waren in der Arbeitslosenversicherung. 12 800 Familienausfallungs-empfangende zugerechnet sind 16 937 Parteien mit 32 279 Familienangehörigen müssen (laut Statistik vom 23. Juni d. J.) mit den Hungerpennigen des Wohlfahrtsamtes auskommen. Diese Zahl umfaßt aber wohlgerneht nur die dem Wohlfahrtsamt überwiesenen arbeitsfähigen Erwerbslosen, ungerneht die vielen Tausende anderer arbeitsfähiger Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, Sozial-, Klein- und Kriegsveteranen.

Zahlen des Elends! Furchtbare Beweise für den Widerstand der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Tausende und aber Tausende von Menschen keine Güter erzeugen läßt, obwohl überall Mangel an ihnen herrscht. Wann wird die Arbeiterklasse diesen Zuständen ein Ende machen und an die Stelle der profitgierigen, Hunger und Mangel-elend bedeutenden Kapitalismus den Sozialismus, der Brot und Arbeit allen Werte Schaffenden bringen wird, setzen? Es ist der einzige Ausweg. Das Proletariat hat alle Ursache, in einheitlicher Kampffront diesen Weg zu gehen.

Genosse Wollweber spricht in den „Historiasälen“

In einer äußerst gut besuchten Mitgliederversammlung des Stadtteils Süd der NSD. sprach gestern abend zu den Mitgliedern und Sympathisierenden Genosse Wollweber über die Aufgaben, die in den nächsten Wochen vor uns stehen. Er zeigte insbesondere den in den letzten Wochen der Partei beigetretenen Mitgliedern, wach eine Fülle von Aufgaben vor uns steht. Anknüpfend an den augenblicklich tagenden Parteitag der Volkswacht erklärte er, daß wir alle streben müssen, um aus revolutionären Arbeitern, als die wir zur kommunistischen Partei kommen, Bolschewisten der Tat zu werden. Die Lohnabbauoffensive, die jetzt allenthalben durchgeführt wird, zwingt uns zu besonderer Aktivität. Genosse Wollweber ging ausführlich auf das Osthilfeprogramm der Regierung ein. Dieses bringt unter dem Deckmantel der Hilfe für die Ostprovinzen einen sorgfältig vorbereiteten Plan für die Kriegszwecke, nicht nur gegen die Sowjetunion, gegen die sich das Osthilfeprogramm in erster Linie wendet, sondern es soll dem Faschismus die Ausstattung einer konter-revolutionären Armee bei einem Bürgerkrieg ermöglichen.

Darum ist es die Pflicht der Kommunisten, in den faschistischen Gebieten rechts der Oder mit besonderer Kraft voranzutreten, neue Stützpunkte zu gewinnen, alte auszubauen, und dem Faschismus den Boden zu nehmen.

Wir müssen durch Entfesselung von Lohnbewegungen verhindern, daß das Osthilfeprogramm auf Kosten der daran beteiligten Arbeiter durchgeführt wird. Genosse Wollweber kündigte an, daß die Kommunisten Entwürfe einbringen werden, die den berechtigten Forderungen des Proletariats der Ostprovinzen entsprechen. Wir werden dann erleben, daß auch die sogenannten Arbeiterparteien, die SPD. und die Nazis, im Interesse der Kapitalisten gegen die Forderungen der Proletarier stimmen werden. Das Osthilfeprogramm stellt eine weitere Verschärfung der Kriegszwecke dar, und darum müssen

insbesondere die Genossen der Ostprovinzen die Kundgebungen gegen die imperialistische Kriegszwecke zu gewaltigen Aufmärschen gestalten. Genosse Wollweber ging weiter ein auf die Fragen des National- und Sozialfaschismus. Trotz des Ausganges der Sachsentwässerungen dürfen wir bei größter Aktivität im Kampfe gegen die National-faschisten den Kampf gegen den Sozialfaschismus nicht nachlassen, der die stärkste Stütze der Bourgeoisie im Lager der Arbeiter-klassen ist. Auch hier in Breslau erleben wir immer wieder, wie die SPD. durch Scheinmagie verhindert, daß zahlreiche Arbeiter die wahre politische Stellung der SPD. erkennen. Genosse Wollweber schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, alles zu tun, um die Erreichung der Ziele der kommunistischen Internationale zu beschleunigen.

In der anschließenden Diskussion, in der u. a. noch über die Jugend, die Frauen, die Gewerkschaftsarbeit gesprochen wurde, meldeten sich auch einige Vertreter des sogenannten „Denkbundes“ zum Worte. Ihre Ausführungen zeigten, daß sie die Tagesaufgaben des Proletariats nicht kennen. Sie versuchten durch zwei ausführliche, aber keineswegs klare Auseinandersetzungen, ihre politische Haltung vor sechs Jahren zu rechtfertigen. Genosse Wollweber bewies im Schlußwort, daß ein Kampf gegen die Feinde des Proletariats nicht möglich sei außerhalb der Partei. Unter großem Beifall erklärte er, daß sich täglich aufs neue die Wichtigkeit der politischen Linie der NSD. zeige. Wer darum ernsthaft gegen Kapitalismus und Faschismus kämpft, kann dies im Rahmen der Partei tun, andernfalls ver-fällt er einer Medetopposition, deren Resultat eine Stärkung der Feinde des Proletariats sei.

Für den Stadtteil Süd stellt die Versammlung einen Ausgangspunkt für neue erfolgreiche Arbeit dar. Es gilt jetzt, alle Kräfte anzuspannen und in den Dienst der Partei zu stellen. Vorwärts, vorwärts!

Unsere Leser schreiben:

Eher vernichten, als den Erwerbslosen zukommen lassen

Wir sind Pflichtarbeiter im Mafelwitzer Walde. Da durch diese Arbeit viel Holz gerodet wird, wollten sich die Pflichtarbeiter dieses Holz mitnehmen. Aber ein Verbot seitens der städtischen Gartenverwaltung hat das unmöglich gemacht. Da aber das Holz vom Erdboden verschwinden soll, wird es vergraben oder verbrannt. Wir fragen hiermit die Gartenverwaltung an, ob ihr mehr daran liegt, das Holz zu vernichten oder den armen Proleten zukommen zu lassen.

Aus den keramischen Werken

Vor kurzem wurde in den in Breslau-Lissa gelegenen keramischen Werken von einem Büroangestellten verlangt, einen Waggon Wandplatten innerhalb einer Stunde auszuladen. In der Mitteilung Plattenverband werden täglich neun Stunden gearbeitet, also Überstunden gemacht, auf der anderen Seite aber werden die Leute hrolos gemacht. Neuerdings haben die Werke eine Bedeanspruchstellung. Zuerst sollte ihre Anlegung es den Arbeitern möglich machen, sich nach Beendigung ihrer Arbeit kostenlos von dem Schmutz zu reinigen. Jetzt aber sollen sie für das Reinigen Geld bezahlen. Was sagt der SPD.-Betriebsrat Klein dazu?

Was muß der Mittelstand tun?

Ein selbständiger Bädermeister schreibt uns: Als im Frühjahr der Hummel mit dem Roggenbrotsgeiz losging, hatte die bürgerliche Presse nichts eiligeres zu tun, als große Artikel zu veröffentlichen und über Preise, Gewicht und Qualität die neuen Bestimmungen widerzugeben. Jetzt, durch die Zollrückführung für Weizen, sind die Preise demütig in die Höhe geschneit, daß das Weizengebäck dadurch auch bedeutend kleiner wird. Da wird sich keines dieser Blätter melden, um das Publikum darüber aufzuklären, wie das Gewicht sein soll, denn hier wollen sich die Herren der Prüfungsstellen nicht unbeliebt machen, und denken, dazu ist der kleine Handwerker da. Leider handelt jetzt mit unseren Erzeugnissen schon jedes Bäudel. Wenn jeder seine Erzeugnisse selbst verkauft, dann würde der Rabatt an Zwischenhändler wegfallen, und dadurch dem Volke mehr dienen in Bezug auf Größe; Klagen über Gewicht und Größe würden so nicht zu hören sein. Viele Meisterlein mit dem Publikum würden erpart

bleiben, wenn durch die Presse die Preise und auch das Gewicht von den zustehenden Organen veröffentlicht würden.

Die Zukunft des Gewerbetreibenden drückt eine in diesen Kreisen weit verbreitete Stimmung aus. „Wenn die anderen das und jenes nicht täten, wäre es besser.“ Diese anderen aber sind ebenso wirtschaftlich schwer ringende Kleingewerbetreibende wie sie selbst. Ihr Handeln wird diktiert von dem wahrwichtigen Konkurrenzkampf, der in der heutigen Situation gerade unter den „Kleinen“ herrscht, die ohnmächtig den großen Salzzuschüßern gegenüberliegen und eben im Konkurrenzkampf der Kleinen gegeneinander ihre Rettung sehen. Diese Hoffnung — die diesen Konturje beweisen es — ist irrig. Der Mittelstand muß einsehen, daß das alte Wirtschaftssystem ihm den Untergang bringt; er muß deshalb sein Schicksal mit dem der Arbeiter-schaft verknüpfen.

Schreibergärtner, Augen auf! Ein Kleingärtner schreibt uns: Dieselben Zustände wie am „Roten Graben“ herrschen auch bei uns Rosenhal III. Am Sonntag war bei uns Kinderfest. Für Gäste war der Eintrittspreis 20 und 10 Pfennig. Für Mitglieder je 5 Pfennig, ob Teilnehmer oder nicht. Ohne Eintrittskarte hatte niemand Zutritt zu dem Gelände, selbst Mitglieder nicht. Wer vom Gelände ging und dann zurückwollte ohne Retourkarte (die es nicht gab), der konnte nicht in seinen Garten, sondern sollte nochmals Eintrittsgeld bezahlen, auch noch als schon Fadelumzug war. Ferner herrschen bei uns schon seit längerer Zeit Zustände, die jeder Beschreiberin spotten. Man ist bald nicht mehr Herr seines eigenen Gartens. Da führen die Herren Vorstände das Wort. Alle anderen haben sich zu bücken. Besonders trasser Art ist Herr M., der denkt, er ist der Herr des Geländes selbst. Wir wollen freie Schreibergärtner sein. Wir lassen uns von den Herren Vorständen keine Diktaturen vorschreiben, denn sie sind ebenfalls Pächter so wie jeder andere.

Muß das so sein? Eine Arbeiterfrau schreibt uns: Eine feine Frau ist die Friedrich-Wilhelm-Straße 60/62 wohnhafte Frau H. und deren Sohn, die ein Posamentier- und Wäschegechäft betreibt. Eine Arbeiterfrau, die in demselben Grundstück wohnt, wurde von ihnen mit gemeinlichen Nebenarten überhäuft, weil die Frau für sie nicht aufräumen ging. Am liebsten wollte die Frau noch die Tochter schlagen, wenn diese nicht die Türe schnell zugeschlagen hätte. Besonders hervor tat sich der Herr Sohn, der die Arbeiterfrau als eine G... bezeichnete.

Unproletarisches Verhalten. Ein in Breslau-Lissa, Kupferstr. 2 wohnhafter Arbeiter schreibt uns: Ich wollte mir meine Wohnung, da sie reparaturbedürftig geworden ist, etwas instand setzen. In diesem Zweck wollte ich mir die zum Hause gehörende Keller nehmen. Allein der Hausmeister, ein SPD.-Mann, „gefattete“ dieses nicht. Er nimmt sich, als wäre er Wirt. Noch merkwürdiger ist sein Verhalten insofern, als er sogar, wenn es ihm paßt, einfach das Wasser absperrt, die Röhre schlägt büm. Ihnen das Spielen im Hofa verbietet. Die Mieter lassen sich im Zukunft das nicht mehr gefallen.

Alle Parteimitglieder von Stadtteil Nord

Kommen am Donnerstag um 20 Uhr ins Lokal „Stadt Waterloo“, Desnerstraße, zur Generalmitgliederversammlung des Stadtteils. Ein Vertreter der Bezirksleitung spricht über die politische Lage und die Aufgaben der kommunistischen Partei. Außerdem muß der Funktionärkörper ergänzt bzw. neu zusammengestellt werden. Wir erwarten, daß auch das letzte Mitglied zu dieser wichtigen Versammlung erscheint.

Wer fährt mit?

Der Stadtteil Nord unternimmt am Sonntag, dem 6. Juli, eine Landtour über Haaserau nach Ereditz mit gutem Auto! Abfahrt früh 7 Uhr ab Weidenburger Platz. Teilnahmekarten zu 80 Pfennig sind schon jetzt zu haben bei Genossen Schubert, Weidenburger Straße 31.

Betrifft Versammlungsankündigungen

Wir machen darauf aufmerksam, daß der seinerzeit veröffentlichte Beschluß über Nichtveröffentlichung von Organisations-Mitgliederversammlungen immer noch besteht. Wir konnten deshalb einige uns in den letzten Tagen zugegangenen Versammlungsankündigungen nicht bringen. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der Bezirksleitung.

Freie Turnerschaft, 8. Männer- und 6. Frauen-Abteilung. Heute, Mittwoch, 20 Uhr, im Restaurant Rirsch, Steinstraße 155, gemeinsame Monatsversammlung.

Ja. Heute, Mittwoch, 21 Uhr, Vorstandssitzung bei Krndt, Malergasse 26.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den Provinzialteil (außer Oberhesseln) Rudolf Brandt, Breslau; für Oberhesseln Fritz Gendrolf, Gießen. Für Inserate: Paul Ganssberg, Breslau.

Heute in Massen heraus zum Protest

gegen die Todesurteile an polnischen Jungarbeitern.

Werkstätige von Breslau! Kommt nach dem Neumarkt!

18.30 Uhr Antreten, 19 Uhr Abmarsch. Nord: Weidenburger Platz, Nordost: Bauschulplatz West: Westpark, Süd: Friedrich-, Ecke Gräbschener Str., Zentrum: Wallstr., Ecke Königsplatz, Ost: Brockauer Platz. Rote Lisse. Kommunistischer Jugendverband. Kommunistische Partei.

Oberschlesien

Zwangs-„Fürsorge“-Schmach in Oberschlesien!

Arbeitermädels mit Hilfe des Jugendamtes in Marterhöhle verschleppt

Olmutz. Am Mittwoch vorige Woche wurde die Tochter des Arbeiters Eger, wohnhaft Rybniker Straße 77, ohne Wissen der Eltern aus der Schule heraus in die Zwangs-„Fürsorge“-Anstalt verschleppt; erst am späten Abend benachrichtigte man die Eltern hiervon. Was für Gründe liegen gegen das Mädchen vor, die die Zwangs-„Fürsorge“-Anstalt rechtfertigen? Wir bringen einen Auszug aus einem Gerichtsbeschluss, der so ungeheuerlich ist und uns zeigt, wie leichtfertig Arbeiterkinder, meistens auf Denunziationen, in die Marterhöhlen zwangsweise verschickt werden.

Die Minderjährige ist bereits in hohem Maße verwahrloht. Sie hat am 30. August 1920 im Warenhaus Barasch, wohin sie von ihrer Mutter zur Besorgung von Einkäufen mitgenommen worden war, eine Mundharmonika, einen Ball und eine künstliche Rose gestohlen. Ferner hat sie von einem Ablassfest in Petersdorf verschiedene Spielsachen mit nach Hause gebracht, welche sie weder gekauft noch geschenkt erhalten hat, so daß das Gericht überzeugt ist, daß sie auch diese Gegenstände nicht auf redliche Art und Weise erworben hat. Nach der Auskunft der Schule ist die Minderjährige auch dort beim Stehlen ertappt worden.

Aus diesen Vorfällen ist ersichtlich, daß der Minderjährigen die Achtung vor dem Eigentum anderer vollkommen fremd ist. Dieser Mangel an Eigentumsbewusstsein, sie ist eine ausgesprochene Gelegenheits- und Marktdiebin, wird noch durch die Mutter insofern gefördert, als diese ihre Kinder, insbesondere auch die Minderjährige, zum Betteln anhält. Auch nach der Auskunft der Polizei sind die Eltern nicht imstande, sich der Erziehung der Minderjährigen in genügender und geeigneter Weise anzunehmen. Der Vater kümmert sich nicht um die Erziehung der Kinder. Die Mutter kann sich, ganz abgesehen von ihrer Unfähigkeit, neben der Hausarbeit, die die große Familie mit sich bringt — es sind acht Kinder vorhanden, darunter fünf minderjährige —, der besonderen Aufsichtspflicht, der die Minderjährige bedarf, nicht widmen. Nach alledem kann die Erziehung der Eltern nur als völlig unzulänglich be-

zeichnet werden. Ihnen kann daher die Erziehung der Minderjährigen nicht länger anvertraut bleiben. Nur die Entfernung aus der bisherigen Umgebung und strenge Erziehungsmaßnahmen bieten die Aussicht, der Verwahrlosung der Minderjährigen zu steuern und sie zu einem brauchbaren Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu machen. Weibes ist nur durch die Unterbringung in einer geschlossenen Anstalt gewährleistet.

Arbeiterkern, Klassengenossen! Die Begründung, die das Klassengericht für den Beschluss auf Zwangs-„Fürsorge“ gibt, ist direkt geradezu unverschämte. Weil das Kind einige Spielsachen „gestohlen“ haben sollte, stempelt man es zu einer ausgesprochenen „Gelegenheits- und Marktdiebin“. Zu übertrieben ist wohl von keinem Klassengericht diese unsinnige Behauptung. Die unter der Leitung eines Sozialdemokraten stehende Polizei scheidet auch in diesem Bunde nicht, wenn es gilt, gegen Arbeiterkinder vorzugehen. Das Urteil der Polizei ist für das Gericht maßgebend, nicht das der Eltern. Weil die Mutter des Kindes noch weitere vier minderjährige Kinder zu erziehen habe, beschloß das Jugendamt die Zwangs-„Fürsorge“ des Kindes eine nicht gute gewesen sein; darum hinein auf Jahre in eine der republikanischen Marterhöhlen! Dort soll es zu einem „brauchbaren Mitglied der menschlichen Gesellschaft“ gemacht werden, das heißt, das Kind soll zu einem Arbeitsvieh ohne einen freien Willen erzogen werden. Die aus diesen Zuchthäusern der Jugend an die Öffentlichkeit gelangten Mitteilungen zeigen recht deutlich, wie schändlich die Jugendlichen behandelt werden.

Dieser neue unerhörte Fall muß breite Kreise der proletarischen Elternschaft zum verächtlichen und zähen Kampf gegen die Zwangs-„Fürsorge“-Schmach aufstacheln. Die Arbeiterkassen muß sich auch darüber klar sein, daß die Verletzung dieses schmachvollen Erziehungs-systems mit dem Sturz der kapitalistischen „Ordnung“ fallen wird. Darum ist der Kampf gegen diese Erziehungs-schmach zugleich ein Kampf gegen den kapitalistischen Staat, der mit den Mitteln des revolutionären Klassenkampfes geführt werden muß.

Hindenburg

Ausschaltung der Kleingewerbetreibenden bei Arbeitsvergebung

Der Magistrat stellt bei der Vergabe von städtischer Arbeit Bedingungen auf, die scheinbar darauf angelegt sind, die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden von der Vergabe auszuschalten. Gerade auf die kleineren Restauranten hat es der Magistrat abgesehen. Da verlangt man unter anderem auch, daß der Restaurant-Telephonanschluß hat. Und wenn ein kleiner Restaurant mal Arbeit erhält, so muß er eine Kaution von 300 Mark hinterlegen, und sämtliche Frachten vorauszahlen. Früher zahlte man für die Unterlagen zur Abgabe einer Offerte 1,50 Mark; jetzt fordert man schon 2 Mark. Ob der kleine Mann in der Lage ist, die Bedingungen auch einzuhalten, das hört dieser Magistrat nicht. Die Festlegung der Bedingungen ist erfolgt, und damit basta! Im Interesse der kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden ist es notwendig, daß diese Bedingungen schnellstens fallen!

Jungarbeiter

Klassengenossen!

Heraus zur öffentlichen Protestkundgebung am Sonnabend, dem 3. Juli, 19 Uhr.

gegen das drohende Arbeitsdienstpflichtgesetz

auf dem Reigensteinplatz. Referent Genosse Leppi.

Funktionärprüfung der JAG am Donnerstag, dem 3. Juli, 19 Uhr, lokal Eucharé, Szmulastraße. Alle Funktionäre und Inhaber von JAG-Sammellisten haben vollständig zu erscheinen.

Ratibor

Presse- und Sommerfest in „Samsouci“

Sonntag, den 6. Juli, findet in „Samsouci“ ein Presse- und Sommerfest unter Mitwirkung der Schalmeienkapelle Bodrek statt. Um 11 Uhr Ringkonzert. 14 Uhr Admarisch vom Volkstanz mit Musik nach „Samsouci“, dabei Jazzkonzert, Freischießen und Tanz. Vertikative, besucht die Veranstaltung! Werbeanzeige der „Arbeiter-Zeitung“.

Wieder ein Opfer der Ober. Beim Baden in der Ober erkrankt unterhalb der Gemeinde Leng der achtjährige Sohn des Häuflers Alois Janik aus Leng.

Miechowitz

Gegen den Schandparagrafen 218!

Sonntag, den 6. Juli, findet im Garten von Schindler abends 6 Uhr eine öffentliche Frauenversammlung statt. Der Genosse Wehling spricht über den Paragrafen 218. Vertikative Frauen, besucht die Versammlung; holt auch Klärung über den Schandparagrafen; kämpft mit um die Beseitigung desselben!

Oppeln

Gewerkschaftsversammlung der RGO!

Am Freitag, dem 4. Juli, 19 Uhr, findet im alten Schützenhaus eine sehr wichtige Gewerkschaftsversammlung statt, an der alle roten Betriebsräte, revolutionären Betriebsvertrauensleute, Erwerbslosen- und Jugendfunktionäre, Frauenfunktionärinnen, Jugendfunktionäre und alle RGO-Genossen teilnehmen müssen. Unterbezirksleitung der Partei, Gewerkschaftsabteilung.

Fast ungläubliche Zustände im „Adalberthospital“

Wir veröffentlichen nachstehend eine Zuschrift eines Patienten des obigen Krankenhauses: „Im Hospital sind ungefähr zwanzig katholische Klosterfrauen in der Krankenpflege tätig. Diese „Gehilfen“ versehen ihre Hauptaufgabe nicht in der Erfüllung einer guten und sorgfältigen Krankenpflege, sondern in der weiteren Verwundung der dort krankliegenden Proleten. Die Kranken werden ständig belästigt; sie sollen beten, in die Kirche und zur Beichte gehen! Der Zweck des Krankenaufenthalts ist doch die Wiederherstellung der Gesundheit! Gute Pflege und gutes Essen vor allem sind hierzu notwendig. Die Schwestern kümmern sich um die Kranken sehr wenig, und das kommt daher, weil sie ja selbst sehr viele Bestunden abhalten. Trotzdem ich kurz nach der Operation war, stand ich auf, weil ich das Geschrei eines Jungen nicht länger anhören konnte. Der Junge lag da mit hoch angeschwollenem Bein und hatte das Bedürfnis, Urin zu lassen. Ein anderes Kind, das auch auf das Bein operiert worden war, wollte seinen Stuhlgang verrichten. Weit und breit keine Schwester zu sehen. Der Junge mußte ins Bett machen und lag im Kot die ganze Nacht. Ein weiterer Mißstand ist der, daß das Licht des Nachts im Klosett nicht brennt. Ehe man dorthin gelangt, besteht die Gefahr, daß man sich Hals und Beine bricht. Die Plage mit den Fliegen ist schrecklich. Die Kranken, die auch am Tage der Ruhe

Achtung! Postsendungen für „Schlegel und Eisen“

Sämtliche Brief- und Geldsendungen für „Schlegel und Eisen“ sind nicht mehr an „Schlegel und Eisen“ zu adressieren, sondern an Wilhelm Bielow, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, da sie sonst als unbestellbar zurückkommen.

Der Papst betet!

Ich, der Papst, ich werde beten gegen Auflands Nachtproleten; Denn mir geht zuviel Moneten Durch den Kirchenaustritt flöten. Ich, der Papst, ich segne alles und behebe meinen Dales. Segne Waffen, Autos, Menschen, Lorde. Dabei gehts Geschäfte knorke. Ich, der Papst, ich segne Heere. Es ist klar: Zu Gottes Ehre. Doch die Kassen: Brand und Schande sende Gott auf diese Bande. Ich, erhöre mich doch, Gottes Mutter, Bringe alles bald in Ruine. Ich bin ja ein alter Mann, Der das nicht alleine kann. Ich, vollbringe doch ein Wunder, Daß der ganze Kassenplunder, Dieser Plan mit den fünf Jahren Schnellstens wird zur Hölle fahren. Denn, was meinte, diese Loren Bau'n Fabriken und Traktoren. Und was niemals Brauch gewesen: Diese Bande lernt jetzt lesen. Herr, erhöre mich noch heute, Bring zur Ordnung diese Leute und vernichte die Traktoren. Dieser gottlos roten Loren. Amen.

bedürfen, werden durch die Fliegen ungemacht geläst. An Waschlösung denkt man nicht!

Das ist nur ein Ausschnitt über die Zustände dieses Krankenhauses. Wir fordern in erster Linie, daß die „Gehilfen“ durch weltliches Krankenpflegepersonal ersetzt wird; dann auch die Abstellung der Mißstände. Die Mittel für die Krankenpflege bringen doch die verschickten Proleten auf, und deshalb haben sie auch das Recht zu verlangen, daß ihre berechtigten Forderungen erfüllt werden.

„Macht's recht viele nach!“

Dieser Tage erhielt ein Erwerbsloser einmal nicht von der „Allgemeinmenschlichen“, sondern diesmal von der anderen, der evangelischen, Fakultät die Aufforderung durch den Gerichtsvollzieher, entweder 5,50 Mark Kirchensteuer zu zahlen, oder es erfolge innerhalb drei Tagen deswegen Pfändung. Der Mann ist verheiratet und hat drei Kinder. Sein Arbeitsverdienst betrug im Vorjahre 20 Wochen zu 30 Mark je Woche und sechs Wochen Notstandsarbeit zu 17 Mark je Woche. Und davon soll der Erwerbslose noch 5,50 Mark Kirchensteuer flehen. Er zog die Konsequenz und hat erklärt, schnellstens aus der Kirche auszutreten. Wir können nur hinzufügen: Macht's recht viele nach!

Sonderbare Beschlüsse der Schuldeputation

Die Oppelner Schuldeputation, die vorwiegend vom Zentrum beherrscht wird, hat einen Beschluss gefasst, wonach biffidentische Eltern ihre Kinder in Bekenntnisschulen schicken, welcher Religion sie oder ihre Eltern früher einmal angehört. Wie unsinnig dieser Beschluss ist, der jeder Rechtsgrundlage entbehrt und einen unerhörten Eingriff in die Elternrechte bedeutet, zeigt folgendes: Kinder biffidentischer Eltern, deren frühere Religionszugehörigkeit man ihnen nicht nachweisen kann, werden von keiner Bekenntnisschule aufgenommen! Ober in einem Schulbezirk sind zwei Bekenntnisschulen verschiedener Religion. Die Eltern haben die Absicht, ihr Kind in die näher gelegene Schule zu schicken. Sie werden nach dem Oppelner Beschluss abgewiesen, da sie oder ihre Eltern einer anderen Religion angehört, die nicht in der Schule gelehrt wird.

Wir sind der Auffassung, Religion gehört nicht in die Schule. Was man sich allerdings in Oppeln leistet, geht sogar weit über den Rahmen der so gepriesenen Reichsverfassung. Man pflegt auf diese Weise die Interessen einer Religionsgruppe. Was sagt der sozialdemokratische Kultusminister zu diesen Übergriffen? Schon über ein Jahr herrscht dieser Zustand in Oppeln und ist der Regierung bekannt. Diese schweigt sich in hoher „Staatsweisheit“ aus. Wie lange noch?

Jugendgenosse Feuer vor dem Klassengericht

Der Jugendgenosse Feuer stand wiederum vor den Schranken des Gerichts. Er war angeklagt wegen „Kirchenbeschmutzung“. Man hatte ihn dabei ertappt, als er an der Mauer des Pfarrhauses die Parole „Herab aus der Kirche“ mit Farbe schreiben wollte. Daffin zerrte man ihn vor den Kabi. Eine Woche Gefängnis brumte man ihm dafür auf.

Während der Verhandlung waren im Zuhörerraum Jungarbeiter anwesend, die den Termin verfolgten. Am Schluss desselben wurden „Rot-Front“-Rufe laut. „Glaubt man etwa, mit Gefängnisstrafen bis antireligiöse Propaganda auszurotten? Weit gefehlt! Dadurch wird die antireligiöse Bewegung nur einen stärkeren Antrieb bekommen!“

Die Unfallwache der Arbeiterkassen mußte auch in der vergangenen Woche wiederum bei einer Anzahl Unfälle im Stadt- und Landkreis, verursacht durch den Verkehr, erste Hilfe leisten bzw. Abtransporte von Erwaachsenen und Kindern ausführen.

Der Solidaritätstag der JAG

Unter der Losung „Kinder in Not — schafft Arbeit und Brot“ zog am Sonntag ein langer Demonstrationzug vom Wilhelmplatz nach dem Pfostengarten, unter Vorantritt der Schalmeienkapelle. Einem entgegenmarschierenden Kriechervereinszug gingen die roten Fahnen so in die Arme, daß sie es vorzogen, schnellstens in ihren Festgarten zu verschwinden. Die JAG vermaßelte somit diesen Kriechern ihren Spaziergang durch die Straßen der Stadt. Im Pfostengarten, wo der Demonstrationzug der JAG endete, herrschte darauf ein lebhaftes Treiben. Schalmeientonzeit wechselte mit Gesängen der Arbeiterkämpfer ab. Die erwachsenen und jugendlichen Turner zeigten auch ihr Können. In der Ansprache des Vorsitzenden wurde auf die Kämpfe der Arbeiterkassen hingewiesen und aufgefordert, aktive Mitarbeiter und Helfer der JAG in den kommenden sozialen Kämpfen zu werden. Ueber dreihundert Kinder wurden dann reichlich seitens der Ortsgruppe bewirtet. In bestem Ausklang endete dann der Solidaritätstag der JAG. Oppeln

Der Arbeiter-Schalmeienverein begann am Dienstag, dem 1. Juli, mit der Ausbildung für Anfänger. Diejenigen, die Lust und Interesse an der Schalmeienmusik haben und mitwirken wollen, können sich in den Übungsstunden am Freitag von 20 bis 22 Uhr im alten Schützenhaus melden. Der Spielleiter.

Schafft ein gutes Endergebnis bei Abschluß der Werbekampagne!

Am Sonntag, dem 29. Juni, hat die Werbekampagne nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Die mit uns befreundeten Organisationen haben noch nicht die gewünschten Erfolge zu verzeichnen. Wir hoffen, daß sie diese Woche energischer an die Arbeit gehen, damit sie bis Abschluß der Werbekampagne ihrer Aufgabe gerecht werden.

Am Sonntag, dem 6. Juli, 16 Uhr, Abschlußveranstaltung in der Volkshochschule (Wälschen), und Bekanntgabe der Werbergebnisse.

Kaufmann Rebel schlägt ein Arbeiterkind

Am Sonnabend, dem 28. Juni, verteilte ein Arbeiterjunge Propagandazettel für die Firma Kruppa in der Nähe des Geschäftes Rebel am Regierungsplatz. Der Kaufmann Rebel, der da glaubte, daß dadurch ihm der Junge die Kunden abtreibe, geriet darüber so in Wut, daß er dem Kinde Schläge ins Genick und in den Magen versetzte. Damit gab sich Rebel nicht zufrieden! Er schickte zwei seiner Lehrlinge mit dem Auftrag, den Jungen weiter zu prügeln. Nur durch das energische Einschreiten von Arbeiterfrauen ist dies verhindert worden.

Dem Kaufmann Rebel möchten wir nur sagen, daß er für die Zukunft von solchem Treiben läßt, weil ja auf diese Weise der Existenzkampf nicht geführt werden kann.

Deutsch-polnisches Arbeiter-Grenztreffen am 27. Juli in Beuthen

gegen die imperialistischen Kriegsrüstungen / für die Verteidigung der Sowjetunion gegen den deutschen u. polnischen Chauvinismus / für die internationale Kampfgenossenschaft

Stollege! Hast du schon für die Wansfelder Kumpels auf die Sammellisten der JAG gezeichnet? Wenn nicht, hole das sofort nach, denn ihr Kampf ist auch deiner!

Nieder mit den Henkern!

Der Sturm gegen das Lemberger Bluturteil an den polnischen Jungarbeitern Hirsch, Jugend und Proser ist im ständigen Wachsen. In großen Versammlungen der Roten Hilfe, so u. a. in Kiel, Wandsee, Elmshorn, Neumünster, Wiesbaden, Offenbach/Main, Mainz und in Stuttgart wurden in Anwesenheit Zehntausender von Arbeiter und Arbeiterinnen Protestresolutionen gegen den geplanten Mord angenommen und die polnische Regierung vor der Vollstreckung des Todesurteils gemahnt. Einmütig wandten sich in allen diesen Massenversammlungen die Arbeiter gegen dieses furchtbare Bluturteil, das nichts weiter darstellt, als den Versuch, jede Bewegung des polnischen Proletariats gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Massenmord im Blut der kämpfenden Arbeiter zu ersticken.

Moskau, 1. Juli. In Swerdlow ist eine große Protestversammlung gegen das Todesurteil gegen die drei polnischen Jungarbeiter von Lemberg statt. An der Versammlung nahm der polnische Sejm-Abgeordnete, Genosse Dittner, teil.

Auch in den Fabriken und Werken Böhrens und werden Protestversammlungen gegen das Lemberger Todesurteil sowie Sammlungen für die gefangenen Revolutionäre veranstaltet.



Weiter gilt es, den Proteststurm unter Führung der Roten Hilfe in den Betrieben und Arbeiterquartieren zu steigern und so der polnischen Blutjustiz ihre Opfer zu entreißen.

25 polnische Genossen vor Gericht

Wien, 1. Juli. Vor dem hiesigen Bezirksgericht begann heute ein großer Prozeß gegen 25 Kommunisten. Das Gebäude ist streng bewacht, der Eintritt zu den Verhandlungen nur gegen Eintrittskarten gestattet, die genauestens und mehrschichtig kontrolliert werden. Die Angeklagten sind aus dem Gefängnis in Bronze nach Wien gebracht worden. Ihnen wird kommunistische Propaganda, „Geheimbündel und aufrührerische Tätigkeit“ zur Last gelegt.

Vor dem Gericht haben sich viele Arbeiter versammelt. Trotz scharfen Eingreifens der Polizei kommt es immer wieder zu Solidaritätskundgebungen für die Angeklagten.

24-stündiger Generalstreik der belgischen Bergarbeiter

Brüssel, 1. Juli. Die belgischen Bergarbeiter haben am Montag einen 24-stündigen allgemeinen Streik begonnen, um ihren Forderungen nach Erhöhung der Pensionen Geltung zu verschaffen.

Lahmer Protest gegen Pilsudski Kongreß der „Zentrolinken“ in Krakau

Krakau, 1. Juli. Der Kongreß der „Zentrolinken“, einer Vereinigung der polnischen Sozialisten, christlichen Demokraten und der drei bürgerlichen Bauerngruppen, die dem Pilsudski-Regime für seine wiederholte verfassungswidrige „Vertagung“ des Sejm „schärfsten Kampf“ angelagt hatte, arbeitete einen allgemeinen Beschlusentwurf aus, in dem dem Diktaturregime der „Krieg“ erklärt und die Dienstenthebung des Präsidenten Mosciak gefordert wird. Die Vertreter der sechs Parteien verlasen auf dem Kongreß jeder für sich eine besondere Deklaration. Es wird eine Demonstration in der Stadt vorbereitet, zu der eine Anzahl von Bauern eingetroffen sind.

Eine Protestdemonstration, die von der verbotenen KPS-Linken gegen den Kongreß organisiert wurde, wurde von der Polizei auseinandergetrieben.

17 jugoslawische Revolutionäre, darunter zwei Frauen, wurden zu Zuchthausstrafen von ein und zwei Jahren verurteilt.

Helft den finnischen Werktätigen in ihrem Kampf!

Vor dem Faschistenmarsch nach Helsingfors

Wachsender weißer Terror gegen die revolutionäre Arbeiterschaft

Helsingfors, 1. Juli. (Inprekorr.) Der Faschistenmarsch nach Helsingfors wird Anfang Juli stattfinden. Die Blätter berichten, daß am Marsche 10 000 Personen teilnehmen werden, davon 1500 aus Süd-Osternbotten. Die Marschteilnehmer sind in militärische Gruppen eingeteilt und bestimmten Führern untergeordnet. Unter den Marschteilnehmern wird militärische Disziplin herrschen.

Die Faschisten von Lappo veranstalteten eine Beratung unter Teilnahme von Regierungsmitgliedern, darunter der Verkehrsminister. Sie berieten u. a. mit der Bahnverwaltung über die Reise der Marschteilnehmer. Die Faschisten von Lappo erhalten Sonderzüge zu ermäßigten Tarifen. In Helsingfors ist eine besondere Organisation gebildet worden für den Empfang, die Einquartierung und Verpflegung der Faschisten. Die Vertreter der faschistischen Organisationen lehrten gestern nach Lappo zurück, wo eine allgemeine Beratung der faschistischen Führer stattfindet.

Die finnländische Regierung beabsichtigt, bei Eröffnung des Reichstages am 1. Juli drei Gesetzesvorlagen einzubringen. Die erste Vorlage sieht die Veränderung des Republikanengesetzes, die zweite die Einführung strengerer Pressegesetze, die dritte die Veränderung des Einberufungsgesetzes vor.

Das veränderte Republikanengesetz berechtigt den Präsi-

dent, Dekrete zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu erlassen, wenn letztere verletzt oder gefährdet ist. Alle Gesetzesvorlagen sehen eine „wirksamere Bekämpfung“ der kommunistischen Bewegung vor.

Die Entführungen unter politischer Aktivistin und revolutionärer Arbeiter danken fort. Die linken Abgeordneten Rajane und Merilane wurden entführt. Der Aufenthaltsort der beiden ist unbekannt. Die Blätter berichten gleichzeitig über die Entführung eines gewissen Korjonen, der angeblich Komiteemitglied des Arbeiterkongresses ist.

Im Zuge nach Uleaborg ergrißen die Faschisten den linken Reichstagsabgeordneten Schabel und entführten ihn nach Osten. In Kuelala wurde der linke Reichstagsabgeordnete Mueliamaki nach der Sowjetgrenze entführt. In Helsinki wurden der Arbeiter Jehliosen und der linke Reichstagsabgeordnete und Mitglied des Gemeinderats, der Arbeiter Ahunen, entführt. In Zuehangos versuchten die Faschisten, den Klempner Saloonen aus seiner Hütte zu entführen. Die herbeigekommenen Bauern vertrieben jedoch die Faschisten. Die Faschisten bearbeiteten die Frau Saloonens, weil sie Alarm geschlagen hatte, mit der Peitsche. In Abo wurde der Bäckergehilfe Zuevonen in unbekannter Richtung entführt. In Kuumajoki wurde ein gewisser Kaatisalmi entführt.

Indischer Nationalkongreß aufgelöst

Sämtliche Ortsgruppen der Jugendliga verboten — Protestaktion in Bombay

London, 1. Juli. Am Abschluß einer dreitägigen Beratung des Vollzugsausschusses des Indischen Nationalkongresses, der sich grundsätzlich für die Beteiligung an der englischen Indien-Konferenz unter der Bedingung der Gleichberechtigung der indischen Delegierten ausgesprochen hatte, nahmen englische Polizeiabteilungen sämtliche Mitglieder des Vollzugsausschusses gefangen, darunter den Präsidenten des Nationalkongresses, Pandit Motilal Nehru und den Generalsekretär Sree Nehrud. Der Indische Nationalkongreß wurde für ungesetlich erklärt.

Gleichzeitig haben die indischen Behörden sämtliche Ortsgruppen der Jugendliga des Nationalkongresses verboten.

Die Büros des Nationalkongresses und der Jugendliga wurden in vielen Städten bereits polizeilich durchsucht und versegelt.

Als Protestkundgebung gegen diese Maßnahmen der britischen Behörden wurde für ganz Indien ein dreitägiger Trauerstreik angelegt.

In Bombay wurde die Börse auf drei Tage geschlossen. Auch die meisten Geschäfte haben aus Protest die Verkaufstätigkeit eingestellt. Für morgen wird der Generalstreik in vielen Städten erwartet.

Wie der Korrespondent der „Daily Mail“ aus Bombay berichtet, befindet sich der Stamm der Dharalas im Bezirk von Kaira etwa 450 Kilometer von Bombay entfernt im Aufstand. Von Puna ist ein Polizeiaufgebot von 1000 Mann zur Bekämpfung der Dharalas abgeandt worden.

Gegen mehrere Dörfer im Punjab und Swabi-Berzirk werden von englischen Truppen militärische Strafexpeditionen unternommen. Eine Anzahl von Eingeborenen wurde verhaftet.

2 Tote in Bilbao

Paris, 1. Juli. Haass berichtet aus Bilbao, daß gestern abend zahlreiche Flugblätter verteilt wurden, in denen die Arbeiter aufgefordert werden, am Generalstreik und an einer für heute geplanten Kundgebung teilzunehmen.

Als die Streikenden vormittags den Straßenbahnverkehr störten, schickte die Polizei in die Ansammlungen. Zwei Arbeiter wurden getötet. Es entwickelte sich ein Kampf zwischen der Polizei und der erregten Menge.

In den ersten Morgenstunden explodierten zwei Bomben in einem Neubau, der fast völlig zerstört wurde.

Neber die Lage in den anderen Städten, wo die Arbeiter im Streik verharrten und in Madrid, wo der Streik für heute vorbereitet wurde, sind keine Nachrichten zu bekommen.

New York, 1. Juli. Die Statistik der Regierung weiß zwei Millionen Arbeitslose auf. Sogar die bürgerliche Tageszeitung „New York Times“ macht sich über diese Statistik lustig und schreibt, daß die Anzahl der Arbeitslosen tatsächlich über vier Millionen beträgt. Nach den Schätzungen der Gewerkschaftsverbände gibt es in den Vereinigten Staaten 6 bis 6,5 Millionen Arbeitslose.

Straßen Schlacht in Mexiko

20 Arbeiter und 2 Polizisten getötet

Mexiko, 1. Juli. Eine Protestkundgebung in Matamoros gegen die Verhaftung eines kommunistischen Funktionärs, an der tausende Arbeiter teilnahmen, entwickelte sich zu einer blutigen Straßenschlacht mit der Polizei. Im Verlaufe der Kämpfe wurden 2 Polizisten und 20 Arbeiter getötet.

Wer ist Panoff?

Im Zimmer war es still. General Wassiljtschikoff seilte an dem langen, spitzen Nagel des kleinen Fingers seiner linken Hand; er war in diese Arbeit sehr vertieft. Nur ab und zu hob er unvermutet die buschige Braue seines rechten Auges und hörte aufmerksam zu, was der Offizier Zwan Petrowitsch Panoff sagte. „Du hast mir zu begeisterte Augen“, dachte General Wassiljtschikoff, „wenn ich nur dein Lächeln deuten könnte, das um deine fast jüdisch anmutenden Nasenflügel spielt.“

Zwan Petrowitsch sprach langsam und überlegt. Jedes seiner Worte war vorher genau erwogen und überdacht, um einen bestimmten Eindruck auf den Zuhörenden zu machen. Seine Sprache klang weich, herzlich und überzeugend. Oft blickte er dabei dem General treuerzig in die Augen und hörte aufmerksam zu, wenn dieser sprach.

„Eine große Arbeit haben unsere Truppen schon hinter sich“, sagte der General, seinen Nagel bearbeitend. „Unsere Hauptarmee, die besten unserer Truppen, haben Kasan erobert, die Denikin-Armee hat Tula besetzt — das Tor nach Moskau. Zube-nitsch steht vor der Hauptstadt. Unsere Offiziere sind in den Stab der Roten Armee eingedrungen. Wir haben ein gut organisiertes politisches Zentrum.“

„Das ist ja ausgezeichnet, wirklich sehr gut. Das bedeutet also, daß wir auf dem Weg zum endgültigen Sieg sind.“

„Wir haben ein dichtes Netz von Spionen in allen Teilen der Roten Armee. Nur eines gelang uns bis jetzt noch nicht, nämlich reguläre Verbindungen mit unserem Hauptquartier herzustellen. Wir haben schon öfters Verbindungen angeknüpft, aber immer wieder wurden sie an irgendwem Stelle unterbrochen. Von Paris erhielten wir die Nachricht, daß zwei unserer Offiziere verhaftet wurden. Ihre Aufgabe wird es sein, unseren Nachrichtendienst zu organisieren.“

„Zu Befehl, Eure Excellenz. Ich bin bereit, diesen Auftrag auszuführen. Eure Excellenz können sich kaum vorstellen, wie sehr ich darauf brenne, in Rußland zu sein. Ach, wie gern möchte ich die goldenen Kuppeln von Moskau wiedersehen, mein Elternhaus, mit dem mich so viele heilige Erinnerungen verbinden. Sicher haben sich dort die roten Kommissare breitgemacht, und der Festhauch dieser schmutzigen und verlauchten Horde hat unser wohlbehütetes Haus verunreinigt... Diese schmutzigen, verlauchten und meuternden Knechte, muß einem nicht das Blut

in den Adern schäumen, wenn man bedenkt, wie weit es mit uns gekommen ist?“

General Wassiljtschikoff stemmte beide Flügel gegen die Diele und setzte mit einem Rud seinen Stuhl in Bewegung.

„Früher hätte es keiner von ihnen gewagt, sich auch nur der Schwelle unseres Hauses zu nähern. Wie Ausfahige haben wir sie uns vom Leibe gehalten, und wer hätte es für möglich gehalten, daß sie sich in unserem schönen Hause breitmachen würden?“

Zwan Petrowitsch senkte für einen Augenblick die Augen auf den Boden, als ob er allein mit sich sein wollte, dann hob er wieder seine großen, blauen Augen, strahlte vorwärts in eine Ecke und sagte leise und nachdenklich: „Ich werde nie die Stunde vergessen, in der mein Vater starb. Es geschah in meinem Zimmer. Rotgardisten waren eingedrungen. Mein Vater stellte sich ihnen entgegen, als sie den Schmutz meiner Mutter rauben wollten. Einer unter ihnen, ein Matrose — jetzt sieht er wahrscheinlich als Bildungskommissar in einem Sowjet — stieß meinem Vater sein Bajonett mitten ins Herz, und vor meinen Augen brach er blutüberströmt und zu Tode getroffen zusammen.“

General Wassiljtschikoff sah ihn aus seinen halbgeschlossenen Augen an, er wollte immer tiefer in das Herz dieses jungen, dreißigen Offiziers dringen. Dem General ist diesem jungen Menschen gegenüber nicht ganz wohl, als hätte ihn jemand hypnotisiert, so fühlt er keinen Widerstand schwinden. Er rafft sich auf, als wollte er die Schlaftrunkenheit von sich schütteln, die sich seiner zu bemächtigen droht. Dann setzt er das Gespräch fort: „Also, was wir brauchen, ist eine feste Hand in Moskau. Wir brauchen ständige Verbindung mit Rußland. Wir müssen immer über die Vorgänge im „roten Moskau“ auf dem laufenden sein. Unser Nachrichtendienst muß tadellos funktionieren.“

„Zu Befehl, Eure Excellenz.“

„Sie werden einigen Millionen roten Kommissaren mitbekommen. Außerdem — er blickte Zwan Petrowitsch forschend an — müssen Sie sich drücken offiziell den Roten anschließen.“

„Wie soll ich das aber machen?“

„Nun, wir haben Sie enttäuscht und jetzt wollen Sie den Sowjets dienen.“

„Ich bin ein schlechter Schauspieler, Eure Excellenz. Im übrigen werden sie mich an die Front schicken, und ich läme in die Lage, gegen die Unsern zu kämpfen und könnte so den Auftrag nicht ausführen.“

(Fortsetzung folgt)



Copyright by Internationaler Arbeiterverlag, Berlin.

1. Fortsetzung

„Er hat während der ganzen Zeit seine Pflicht immer treu und ehrlich getan. Ein Zweifel ist wohl ausgeschlossen.“

„Er gehört zu denen, die den Kraml auf keinen Fall ausgeliefert hätten. Wenn ich die Namen unter den neuen Offizieren gewesen wären, wäre es nie soweit gekommen.“

„Sind Sie sicher, daß er wirklich Panoff heißt?“

General Wassiljtschikoff drückte beide Hände gegen die Tischplatte und erhob sich. Sein grauer, gekitteter Bart, der wie altes vergilbtes Pergament gelblich schimmerte, senkte sich auf seine Brust: „Sie scheinen sich darüber nicht ganz im klaren zu sein, um was für eine wichtige und gefährliche Sache es sich hier handelt... Es muß ein uns sehr ergebener Offizier sein. Wir müssen uns auch darüber klar sein, daß er höchstwahrscheinlich in die Hände der Ishcha geraten wird...“

„Er wurde mir von Moskau empfohlen.“

„Von Moskau?“

„Jawohl, Professor Stschepkin empfahl ihn mir schriftlich in einem Brief.“

„Stschepkin?“

General Wassiljtschikoff richtete sich auf, sah gutmütig auf den Glashölzigen, der den Namen Stschepkin genannt hatte:

„Wirklich? Hat Stschepkin Ihnen Zwan Petrowitsch Panoff empfohlen?“

„Jawohl, er empfahl ihn mir. Wir haben vor zwei Tagen einen Brief in dieser Sache über Japan erhalten.“

„So? Dann ist es gut, sehr gut. Lassen Sie mich jetzt allein, ich werde ihm die Lage erklären. Ich will mit ihm alles genau besprechen.“

